

19. Sitzung

Dienstag, den 24. April 1951

Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Präsident Dr. Stang	479
Dr. Ehard, Ministerpräsident	481

Geschäftliche Mitteilungen	484
--------------------------------------	-----

Interpellation des Abg. Drechsel u. Fraktion betr. Versorgungs- und Transportschwierigkeiten der bayerischen Industrie, insbesondere der Exportindustrie (Beilage 412).

Drechsel (SPD), Interpellant	484
Dr. Guthsmuths, Staatssekretär	486
Högn (SPD)	491
Müller Christian (SPD)	492
Bäntele (BP)	493
Hauffe (SPD)	494

Nächste Sitzung	495
---------------------------	-----

Präsident Dr. Stang eröffnet die Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus um 15 Uhr 7 Minuten.

Das Karoline-Kraus-Quartett leitet die Kundgebung mit der Aufführung des Streichquartetts Opus 18, Nr. 2, Allegro, von Ludwig van Beethoven ein.

Präsident Dr. Stang: Meine Damen, meine Herren! Ein bedeutsamer, aus dem verpflichtenden Bewußtsein der Pietät und der Achtung der Menschenwürde geschöpfter Anlaß trauervoller Erinnerung und ehrenden Gedächtnisses hat heute den Bayerischen Landtag zu einer aus dem üblichen Rahmen und den Formen der parlamentarischen Tagungen herausgehobenen Sitzung in dieser ernstesten Feierstunde zusammengeführt.

Zum sechsten Male jährt sich in diesen letzten Apriltagen der Zeitpunkt, an dem die nationalsozialistische Tyrannei ihr Ende fand und die aufgestoßenen Tore der Konzentrationslager das düstere Geheimnis dieser irdischen Hölle vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt enthüllten. 32 Nationen waren in dem **Konzentrationslager Dachau** vertreten. Angehörige dieser 32 Nationen, von denen auch der Kranz vor dem Rednerpult mit seinen bunten Farben Zeugnis ablegt, sind in diesen letzten Apriltagen ebenso wie die deutschen In-sassen entlassen worden. Wir wollen am heutigen Tage all der Menschen gedenken, die als unschuldige Angehörige einer bestimmten Rasse, als aufrechte Bekenner einer religiösen Weltanschauung, als Bannerträger und Verfechter bestimmter politischer Ideen und Ziele ihr Leben in den Konzentrationslagern oder in den anderen Stätten nationalsozialistischer Tyrannei hingeben und Not und Pein erleiden mußten.

Wir wollen aber diese Gedächtnisstunde an die Opfer des Faschismus ausweiten zu einem Gedenken an die Millionenheere, die auf den Schlachtfeldern des unseligen zweiten Weltkrieges ihr Leben ausgehaucht oder empfindliche Einbußen an ihrer gesundheitlichen Kraft und Unversehrtheit erlitten haben. In Wehmut gedenken wir heute auch der Tausende und Millionen von Menschen, die im Bombenhagel, unter den Trümmern stürzender Häuser begraben worden sind, und wir gedenken auch des Unrechts, das den Heimatvertriebenen zugefügt worden ist, als man sie mit roher Gewalt aus dem Wurzelboden ihrer Heimat riß und in unbekannte, ferne und fremde Gegenden schickte.

Freilich, im Vordergrund, im zeitbedingten Vordergrund und im beherrschenden Mittelpunkt der heutigen Feier steht das Gedenken an die Opfer des Nazismus oder, allgemein ausgedrückt, des Faschismus. Nach Hunderttausenden, ja nach Millionen zählen die beklagenswerten, armen Menschen, die in den Konzentrationslagern und in anderen Stätten der Gewaltausübung umkamen, die Menschen, die durch Hunger und Entbehrung, Mißhandlung und Tortur, Sklavenarbeit, Siechtum, leibliche und seelische Qual jeder nur denkbaren Art, Vergasung und Verbrennung vernichtet wurden, ungezählt die anderen Unglücklichen, die noch in den letzten Tagen des Krieges auf den Elends- und Todesmärschen jammervoll zugrunde gingen.

Das einzige „Verschulden“ der politisch, rassisch und religiös Verfolgten bestand darin, daß sie einer brutalen Gewaltherrschaft nicht zu Gesicht standen, daß sie in dem nationalsozialistischen System ein Unglück für ihr Volk und für die Menschheit sahen, daß sie das göttliche Gesetz in der eigenen Brust und ihr naturgeborenes Recht auf Freiheit und Menschenwürde höher schätzten als gottlose Willkür und menschenfeindliche Gewalt. Diese ihre freiheitliche Gesinnung aber ließ sie dem an Menschenfurcht und Schwäche appellierenden Nationalsozialismus als gefährliche Widersacher, als innere Vorkämpfer gegen seine terroristische Herrschaft erscheinen, die durch den Raub der Freiheit und durch die grausame Zermürbung und schließliche

(Präsident Dr. Stang)

Vernichtung des Lebens unschädlich zu machen waren. So gehört diese Stunde des Gedenkens und der Erinnerung zunächst den **Opfern der nationalsozialistischen Despotie**.

Der Bayerische Landtag — in dessen Reihen selbst Männer sitzen, die als Gegner des Dritten Reiches in die Kerker der Konzentrationslager geworfen wurden und an Leib und Seele gelitten haben — hat wiederholt seinem tiefen Empfinden für die in den KZs Gequälten Ausdruck verliehen. Er verneigt sich heute aufs neue in Ehrfurcht und Dankbarkeit

(Die Abgeordneten erheben sich)

vor allen, die — sei es nun schon vor der sogenannten Machtübernahme oder während des Hitlerischen Gewaltregimes — als **aufrechte Zeugen der Menschenwürde und der Freiheit** durch den nazistischen Geist des Hasses und der Verfolgung, der Unfreiheit, der Unterdrückung, der Ausrottung, der Unmenschlichkeit und des individuellen und kollektiven Mordes gelitten haben. Ihr Opfer, das ihrem inneren Widerstandswillen gegen Unrecht und Gewalt entsprang, steht heroisch und ehrenvoll neben dem andern der Millionen, die im Abenteuer des zweiten Weltkrieges die mißbrauchte Idee des soldatischen Gehorsams forderte.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich zum Zeichen ehrennden Gedenkens von den Sitzen erhoben haben.

Es wird zuweilen darüber geklagt, daß sich unter dem Einfluß des Lebenskampfes in manchen Kreisen unseres Volkes allmählich wieder Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit, ja Abstumpfung gegenüber Vorgängen geltend zu machen beginne, die für immer und ewig wie Flammenzeichen im lebendigen Bewußtsein jedes einzelnen deutschen Menschen eingegraben sein müßten. Auch die **europäische Gemeinschaftsidee der Widerstandskämpfer**, die sich mit den deutschen Schicksalsgenossen in den Konzentrationslagern usw. vereinigt hatten, hat sich gelockert und ist zerbrochen. Das hat Eugen Kogon in einem Aufsatz im Maiheft 1949 der „Frankfurter Hefte“ mit den Worten ausgedrückt: „Der politische Untergang des europäischen Widerstandes“.

Würden wir einer solchen Entwicklung nachgeben und diesen sich wieder breit machenden Meinungen und Stimmungen irgendwie schwach gegenüberstehen, so würden wir zunächst einmal ein großes, mit dem **Geist des Christentums** und den **Geboten der Brüderlichkeit** unvereinbares Unrecht an denen tun, die Not und Tod erlitten haben. Darüberhinaus würden wir uns aber auch selbst aufgeben und den Weg für die Wiederkehr ähnlicher Verbrechen frei machen. Es gibt keinen stärkeren Anruf und Aufruf zur menschlichen Freiheit und Gesittung als die schauernde Erinnerung an das Konzentrationslager. Der Gedanke der menschlichen Freiheit, die Lebensform der demokratischen Selbstbestimmung und die Hoffnung auf Wiedergesundung und gemeinsame Zukunft des gesamten deutschen Volkes sind untrennbar verbunden mit dem immerwährenden, dankbaren und nie verblässenden Gedenken an

die, die im **Inferno der Konzentrationslager** den nazistischen Peinigern und Folterknechten ausgeliefert waren, die ihr geschundenes Leben ausgehaucht oder die es nach Jahren der Qual und des Leidens nur mit knappster Not, aber elend genug, noch gerettet haben.

Das Entsetzen, das vor sechs Jahren nach dem Bekanntwerden all der Greuel der Konzentrationslager über die Menschheit hingegangen ist, hat uns alle glauben lassen, daß mit dem nazistischen Irrwahn auch die diabolische Erscheinung des Konzentrationslagers wie ein böser Zeitenspuk ein für alle Mal vorüber sei. Aber wieviel Unmenschlichkeit, wieviel Gewalt und Terror, wieviel Unfreiheit und Zwang hat die Welt auch nach 1945 noch gesehen! War es nicht ein **schreiendes Unrecht**, das die **Siegermächte** zu verantworten haben, mit brutaler Gewalt deutsche Menschen, deutsche Volksangehörige, aus dem Mutterboden ihrer Heimat zu reißen und einem ungewissen Schicksal zu überantworten? Wieviele Tausende von deutschen Brüdern und Schwestern schmachten heute in der **Ostzone** wieder in Konzentrationslagern! Wieviele Menschen sind auch heute wieder ihrer Freiheit beraubt, einzig und allein aus dem Grunde, weil sie sich zu dem menschlichen Naturrecht der persönlichen Freiheit, des gottgeschenkten eigenen Willens und der eigenen Meinung bekannten! Wieder genügt der leiseste Argwohn, der geringste Verdacht, die primitivste Schikane, um schuldlose Menschen von Existenz und Familie wegzureißen und an die Schergen von Verbannung, Kerker und Lager auszuliefern! Und wieder sehen wir, daß die **Verneinung des Menschenrechts** die grundlegende Theorie und Praxis jeder Diktatur ist, heiße sie, wie sie wolle, und daß es Freiheit nur geben kann, wo sich das Zusammenleben gründet auf die elementaren Säulen des Christentums und der Kultur, auf Menschenachtung und Menschenwürde, auf die wahrhaft demokratische Gestaltung des Staatslebens und auf den aus diesen Werten erwachsenden echten Frieden unter den Völkern.

Niemand hat das damals schon besser gewußt als die Insassen der nationalsozialistischen Konzentrationslager, und niemand, der der Idee der menschlichen Freiheit treu geblieben ist, kann heute ein zuverlässigerer Bürger des demokratischen Staates sein als der, der die Schrecken der Unfreiheit am eigenen Leib kennen gelernt und aus ihnen gerade noch das nackte Leben gerettet hat. Mag auch bei manchem Verfolgten gelegentlich Bitterkeit und Enttäuschung darüber aufkommen, daß nicht alles so geworden ist, wie er es sich erhofft und gewünscht hätte, so ändert das an seiner grundsätzlichen Bejahung des demokratischen Staates um so weniger, als der ehrliche, gute **Wille zur Wiedergutmachung** gerade in **Bayern** nicht in Zweifel gezogen werden kann, mögen auch in den letzten Monaten trübe Schatten auf die Entschädigungsmaßnahmen gefallen sein. Jedenfalls soll die Wiedergutmachung erfolgen, soweit ein Unrecht solchen Ausmaßes unter den für uns alle gegebenen Verhältnissen durch Menschenkraft eben überhaupt noch gutgemacht werden kann. Freilich darf unbeschadet aller bisherigen Anstrengungen nicht vergessen werden — das sei auch in dieser feierlichen Stunde gesagt —, daß durch moralische, finanzielle,

(Präsident Dr. Stang)

wirtschaftliche und soziale Wiedergutmachungsmaßnahmen alles im Bereich des Möglichen Liegende getan werden muß, um an den Menschen, an denen verbrecherische Gewalt verübt worden ist, das erlittene Unrecht wieder gutzumachen und ihnen vor allem auch durch eine rasche Inangasetzung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Landesentschädigungsamtes und durch eine beschleunigte Abwicklung des Entschädigungsverfahrens jene Lebenssicherung zuteil werden zu lassen, auf die sie nach der Größe und Härte ihres Opfers berechtigten Anspruch haben.

Ein gleich hohes Maß von Fürsorge aber müssen auch die **Bombengeschädigten** erfahren, wie das in früheren Beschlüssen des Bayerischen Landtags gefordert wurde, und ebenso die **Heimatvertriebenen**. Dabei darf aber das eine festgestellt werden, daß in der deutschen Bundesrepublik kein Land mit solcher Mühe wie Bayern bestrebt war, die Heimatvertriebenen mit der entsprechenden Fürsorge zu bedenken, wenn auch das Erreichte hinter dem Nötigen zurückgeblieben ist. Die **Kriegsopfer** haben jetzt im Kriegsopferversorgungsgesetz eine bessere Gestaltung ihres Schicksals erfahren, wenn auch noch Lücken und Unvollkommenheiten vorhanden sind. Ich will nicht sagen, daß wir uns heute an die letzten fünf oder sechs Jahre mit einem gewissen Stolz zurückerinnern dürfen, aber es ist doch mit einer gewissen Genugtuung festzustellen, daß das bayerische KB-Leistungsgesetz grundlegend geworden ist, auch für die Kriegsopferversorgung in anderen Ländern vorbildlich gewirkt haben dürfte.

In diesem Geiste brüderlicher Hilfsbereitschaft verneigt sich der Bayerische Landtag in allen seinen Fraktionen vor den Opfern der Gewalt. Zum ehrenvollen Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Tyrannei und die Opfer jeglicher Gewalt sind wir heute hier vereint. Es ist des Bayerischen Landtags einmütiger Wille, daß in unserem Volk das Gedächtnis an diese mutigen Kämpfer gegen das unheilvolle Dritte Reich und an alle Opfer der Gewalt und Willkür lebendig erhalten werde, sowohl um der Menschen willen wie als Schutzwehr gegen die unablässigen Einbruchversuche der östlichen Diktatur.

Meine Damen und meine Herren! Vielerorts im Lande erheben sich Mahnmale und dehnen sich Friedhöfe mit den sterblichen Überresten der Opfer der Konzentrationslager. Diese Mahnmale dürfen nicht tote Steine, diese Friedhöfe nicht bloße Schädelstätten sein. Sie müssen uns immerwährend gemahnen an die Pflicht, die wir gegenüber den Opfern haben, und an die Kräfte der Abwehr, die diese Opfer entfaltet, sowie an das mutige Beispiel des Widerstandes gegen die Mächte der Finsternis, das sie uns vorgelebt haben.

Nur über die **Treue zu den Opfern der Gewalt** führt der Weg zu Menschenrecht, Menschenwürde und Sicherheit der Menschen. Nur die Abwehr der menschenmordenden Diktatur sichert uns und allen anderen freien Völkern jenes Leben einer menschenachtenden und kulturschützenden Demokratie, in dem allein die **Freiheit** einen gesicherten Platz und eine friedliche Heimstatt hat.

Das Wort zu einer Ansprache nimmt der Herr Ministerpräsident Dr. Ehard.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Immer wieder beschwört die Stunde die Erinnerung an den Tag herauf, an dem sich die Tore jener von **brutaler Macht** und **rücksichtsloser Grausamkeit** geschaffenen Unterwelt öffneten und Menschen, die dem Tode näher waren als dem Leben, den Weg ins Freie fanden, an Bilder des Grauens und Entsetzens, die von ihrer atemberaubenden Beklemmung auch durch den zeitlichen Abstand nichts verlieren. Dunkelste Schatten einer bösen Vergangenheit fallen in unsere Gegenwart und erinnern an die **Verbrechen**, an Menschen begangen von durch Irrwahn und Rassenhaß verblendeten Menschen.

In den Stunden der Erinnerung sind wir immer wieder bestürzt, daß auf deutschem Boden inmitten des deutschen Volkes, dessen Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit nicht geringer ist als der anderer Völker, die Verbrechen geschahen, deren Opfer wir in dieser Stunde beklommenen Herzens beklagen. Schon machen sich in unserem Volke Kräfte bemerkbar, die sich anschicken, mit verschiedenen Mitteln Schleier über Dinge zu breiten, die nicht verschleiert werden dürfen. Bewußt oder unbewußt hilft dabei eine gewisse illustrierte Publizistik mit, die brutalen Gestalten jener Henkerszunft in ein romantisches Licht zu rücken und in Schauerromanen, die gerne gelesen werden und dem Geschäft nützen, aus ihnen Heldenfiguren zu machen. Auf diese **Ansätze der Verfälschung eines Geschichtsbildes**, das rein zu erhalten von größter erzieherischer Bedeutung für unser Volk ist, sollte man sehr sorgsam achten. Wir haben die Pflicht, hellhörig und wachsam zu sein, weil wir das Schreckliche erlebt haben. Wir haben die heranwachsende Generation immer wieder daran zu erinnern, wozu die Menschen untereinander fähig sind, wenn sie geistigen Mächten und Machthabern in die Hände fallen, denen die Ehrfurcht vor dem Bild des Menschen abhanden gekommen ist, weil die **Ehrfurcht vor dem Göttlichen** in ihnen ausgelöscht war.

Wer seine Hände erhebt gegen das Andenken an die für Freiheit und Glauben Geschändeten und Getöteten, erhebt sie auch gegen unseren **Staat**, dessen Freiheit und Rechte zu verteidigen unser aller Bemühen ist.

Die Betrachtung der Gegenwart gestattet uns nicht, nur in der Trauer über das Vergangene zu verweilen. Laute Klage müssen wir erheben, daß die Opfer, die zwischen 1933 und 1945 gebracht wurden, nicht ausreichen, um den KZ-Geist aus der Menschheit zu vertreiben. In unserer Klage klingt die Trauer mit über das **Unrecht**, das **nach 1945** in aller Welt durch Terror und nackte Gewalt geschah. Der Geist, der 12 Jahre lang den deutschen Namen schändete ist nicht tot; er verleitet zu neuen Verbrechen, zu neuen Grausamkeiten. Die Aufgabe aller, die die Sache der Freiheit und der Würde des Menschen zu ihrer eigenen Sache gemacht haben, ist es, zusammenzustehen und zusammenzurücken, um Absage zu leisten allen Versuchungen der Macht und des Irrwahns, um sich frei zu machen von der verhängnisvollen Neigung zu Terror und Unmensch-

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

lichkeit, die durch keine Gründe politischer Raison entschuldigt werden kann.

Die Erinnerung an die Grausamkeiten umschließt für uns auch die Pflicht, uns in besonderem Maße derer anzunehmen, die vor sechs Jahren die ersehnte und erwartete Befreiung erlebten. Wo solches geschehen, muß etwas wiedergutmacht werden. **Wiedergutmachung** ist ein unzulängliches Wort für eine unzulängliche Sache. Wir können den Toten nicht erwecken, die Leiden nicht heilen, das Familienglück nicht zurückrufen. Wir können nicht ungeschehen machen, was in wahnsinniger Verblendung geschah. Wer immer glaubt, Kritik üben zu müssen an der in ihrer Unzulänglichkeit hinsichtlich des erlittenen Unrechts bekannten Wiedergutmachung, soll hintreten vor die endlose Reihe der Toten, soll die Familien aufsuchen, in denen ein Angehöriger, oft aber fast alle Angehörigen einen unbarmherzigen Tod erlitten.

Was wir versuchen können, um vergangenes Leid wiedergutzumachen, muß eine — allzu oft nur bescheidene — **Hilfe für die Lebenden** sein, die des sorgenden Vaters, der helfenden Söhne und Töchter, ihres Hab und Guts beraubt wurden. Menschliche Unzulänglichkeit entbindet uns nicht von dieser Pflicht. Sie verlangt nur eine erhöhte Aufmerksamkeit, um derer nicht zu vergessen, die in ihrer Armut und ihrem Elend unserer Sorge und Fürsorge anvertraut sind.

In dem Begriff der Wiedergutmachung sind **zwei Maßnahmen** eingeschlossen, von denen die eine als spezielle Wiedergutmachung die Rückerstattung von feststellbaren Vermögensgegenständen betrifft, während die allgemeine Wiedergutmachung Fragen einer Entschädigung für die an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder wirtschaftlichem Fortkommen erlittenen Schäden behandelt. **Bayern** hat sich schon frühzeitig zu dem Gedanken der Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts bekannt. In der bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946 wird ausdrücklich erklärt, daß allen durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wegen ihrer religiösen oder politischen Haltung oder wegen ihrer Rasse Geschädigten Anspruch auf Wiedergutmachung zusteht. Ein Teil dieser Wiedergutmachung vollzieht sich im Rahmen der Rückerstattung nach dem **Rückerstattungsgesetz**. Rückerstattung bedeutet tätige Wiedergutmachung. In dem verpflichtenden Bewußtsein, Unrecht durch aktives Handeln auszugleichen, hat Bayern auf dem Gebiete der Rückerstattung seit Jahren eine ausgedehnte Tätigkeit entwickelt. Ein rasch arbeitender Verwaltungsapparat ist zur Durchführung der sich aus dem Rückerstattungsgesetz ergebenden Aufgaben tätig. Neben einem zentralen Landesamt, das allgemeine Organisations- und Verwaltungsaufgaben zu bearbeiten hat, sind in den einzelnen Regierungsbezirken Bayerns insgesamt fünf **Wiedergutmachungsbehörden** an der Arbeit. Ihnen obliegt die Erstbehandlung der zahlreichen Einzelfälle — in Bayern insgesamt rund 45 000 —, insbesondere die Durchführung von Vergleichsver-

handlungen. Fälle, die von den Wiedergutmachungsbehörden nicht entsprechend bereinigt werden können, behandeln die bei den Landgerichten gebildeten Wiedergutmachungskammern und der beim Oberlandesgericht München gebildete Wiedergutmachungssenat. Zur Zeit wirken in Bayern sieben Wiedergutmachungskammern. Als Ergebnis dieser Maßnahmen ist festzustellen, daß in Bayern der Vollzug der Rückerstattung weit vorangeschritten ist. Rund zwei Drittel aller Fälle sind bei den Wiedergutmachungsbehörden bereits erledigt. Werte im Betrag von rund einer Viertelmilliarde sind bisher zurückerstattet worden. Im wesentlichen ist damit zu rechnen, daß ein Abschluß der Verfahren vor den Wiedergutmachungsbehörden noch bis Ende dieses Jahres erreicht wird. Auch soweit Bayern selbst infolge von Entziehungsmaßnahmen Vermögensgegenstände von Einzelpersonen erhalten hat und somit rückerstattungspflichtig geworden ist, unterzieht es sich seiner in der Verfassung niedergelegten Verpflichtung zur Wiedergutmachung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen mit aller Bereitwilligkeit. Über diese Rechtspflicht hinaus fördert es auch die Fälle der Bereinigung der Rückerstattungsfälle, in denen das Deutsche Reich oder die ehemalige NSDAP Verfolger und Entzieher von Vermögenswerten einzelner war. Rund 10 000 Einzelanmeldungen von Rückerstattungsansprüchen im Werte von vielen Millionen richten sich gegen die öffentliche Hand. In zahlreichen Terminen vor Behörden und Gerichten finden laufend Verhandlungen über die Bereinigung der noch schwebenden Fälle statt. Finanzministerium, Oberfinanzdirektionen und deren Zweigstellen sind mit der beschleunigten Bearbeitung dieser Fälle befaßt. Ein großer Teil auch dieser Verfahren konnte bereits endgültig bereinigt werden.

Auch auf dem Gebiete der Rückerstattung von **Organisationsvermögen** ist Bayern bisher erfolgreich tätig gewesen. Es hat die im Rahmen der besatzungsrechtlichen Vorschriften mögliche Rückgabe von Vermögenswerten an die Organisationen, denen sie von der ehemaligen NSDAP oder sonstigen NS-Organisationen weggenommen waren, bereits nahezu restlos durchgeführt, so daß zum Beispiel das gesamte bis zum 8. Mai 1945 in ehemaligen Parteibesitz übergegangene Vermögen der früheren **Konsumgenossenschaften** und der **Gewerkschaften** sowie anderer von der nationalsozialistischen Herrschaft aufgelöster und verbotener demokratischer Organisationen zurückgegeben werden konnte. Außerdem wird das übrige Parteivermögen zur Finanzierung der Wiedergutmachung verwertet.

Wie ist es nun um die **allgemeine Wiedergutmachung** bestellt? Durch das Gesetz Nr. 35 über die Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 1. August 1946 hat der bayerische Staat erstmals die Grundlage für die Leistung vorläufiger Zahlungen und anderer Zuwendungen an natürliche Personen geschaffen, die durch Verfolgung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Schaden gelitten haben und sich in wirtschaftlicher Notlage befinden. Ein Jahr

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

später wurde durch das Gesetz Nr. 75 eine neue Fassung des genannten Gesetzes verkündet und der Personenkreis der Verfolgten erweitert, an welche vorläufige Leistungen gewährt werden sollten. Die Durchführung dieses Gesetzes wurde dem Staatskommissariat für rassisch, religiös und politisch Verfolgte übertragen, das zu Beginn des Jahres 1946 als Fürsorgeeinrichtung zur Betreuung dieser Verfolgten im Einvernehmen mit der Militärregierung errichtet worden war und dem Staatsministerium des Innern unterstand. Die Leistungen auf Grund der genannten Gesetze wurden in Fällen wirtschaftlicher Notlage als vorläufige Zahlungen gewertet. Mit dem Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts — bekannt unter dem Namen **Entschädigungsgesetz** — vom 12. August 1949 hat die endgültige Wiedergutmachung ihren Anfang genommen. Durch dieses Gesetz wurde nämlich den wegen ihrer politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung Verfolgten ein Rechtsanspruch auf Wiedergutmachungsleistungen für Schäden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder wirtschaftlichem Fortkommen eingeräumt. Zur Durchführung dieses Gesetzes hat die bayerische Staatsregierung durch die zweite Verordnung über die Organisation der Wiedergutmachung vom 22. November 1949 das bayerische **Landesentschädigungsamt** errichtet, das an die Stelle des Landesamts für Wiedergutmachung getreten ist.

Zum Entschädigungsgesetz sind bereits bei Verordnungen, und zwar die Haftentlassungsverordnung vom 28. November 1949 und die Verordnung zur Wiedergutmachung von Schäden an Leben, Körper und Gesundheit vom 17. Mai 1950, erlassen worden. Das Staatsministerium der Finanzen bereitet zur Zeit die dritte Verordnung zur Wiedergutmachung von Schäden am wirtschaftlichen Fortkommen vor.

Beim Landesentschädigungsamt wurden bis Ende des Jahres 1950 rund 175 000 Entschädigungsanträge eingebracht. Davon wurden bis zu dem genannten Zeitpunkt rund 12 000 Anträge auf Haftentschädigung erledigt.

Die für die Durchführung der Betreuung der rassisch, religiös und politisch Verfolgten erforderlichen Geldmittel wurden dem Sonderfonds beziehungsweise der Stiftung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts entnommen. Der **Sonderfonds** ist durch das Gesetz vom 1. August 1946 gebildet worden. Ihm werden zugeführt der Ertrag der Verwaltung oder Veräußerung von Vermögenswerten, die gemäß dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 eingezogen wurden, sowie die auf Grund des genannten Gesetzes entrichteten Sonderbeiträge zum Wiedergutmachungsfonds und andere Mittel, die zu diesem Zweck bereitgestellt werden, oder auch allgemeine Mittel der Landesregierung. Da das in diesem Sonderfonds gesammelte Vermögen als, wenn auch zweckgebundenes,

Vermögen des Staates bei der Währungsumstellung zu erlöschen drohte, wurde am 16. Juni 1948 die **Stiftung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts** errichtet, in welche der Barbestand des Sonderfonds eingebracht wurde. Bei der Währungsumstellung wurde das Bargeld in normaler Weise umgestellt, so daß in der Zeit unmittelbar nach der Währungsumstellung, in der die Verfolgten einer besonderen Betreuung bedurften, für diese Zwecke ein Betrag von 6,5 Millionen D-Mark zur Verfügung stand. Die Stiftung besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und hat wirtschaftlich die gleiche Bestimmung wie der Wiedergutmachungsfonds, der neben der Stiftung bestehen geblieben ist.

Die nach dem Entschädigungsgesetz durch **Geldleistungen** zu befriedigenden Wiedergutmachungsansprüche sind vom bayerischen Staat nach Maßgabe der verfügbaren Deckungsmittel in drei zeitlich einander folgenden Klassen zu befriedigen. Verfügbare **Deckungsmittel** sind die Geldbeträge und die Sachwerte des Sonderfonds, ferner die alljährlich im Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Beträge und schließlich die aus dem Lastenausgleich für Zwecke der Wiedergutmachung bereitzustellenden Mittel. Wie sich aus den folgenden Ziffern ergibt, hat der bayerische Staat bereits erhebliche Wiedergutmachungsleistungen vollbracht. Bis zur Währungsreform wurden aus diesem Titel zu Lasten des Haushalts 9,1 Millionen Reichsmark und zu Lasten des Sonderfonds 11,9 Millionen Reichsmark, insgesamt also 21 Millionen Reichsmark ausgezahlt. Seit der Währungsreform bis Ende März dieses Jahres wurden insgesamt 59,2 Millionen D-Mark an Wiedergutmachungsleistungen beziehungsweise Vorleistungen auf die Wiedergutmachung ausgegeben. Trotz dieser beträchtlichen Summen stehen wir erst am Anfang der Wiedergutmachung. Es wird noch erheblicher Mittel bedürfen, um das Problem einigermaßen zu lösen. Die Mittel des Sonderfonds sind zur Zeit erschöpft, desgleichen die Mittel der Stiftung. Die gegenwärtige Kassen- und Haushaltslage des bayerischen Staates gestattet es vorläufig nicht, größere Mittel für die Wiedergutmachung mangels der erforderlichen vorgeschriebenen Deckung bereitzustellen. Die Veräußerung des eingezogenen **Partei Vermögens**, dessen Erlös in erster Linie für Zwecke der Wiedergutmachung verwendet werden soll, gestaltet sich bei der gegenwärtigen Marktlage selbstverständlich schwierig. Es ist aber zu erwarten, daß mit dem baldigen Inkrafttreten des Gesetzes über einen allgemeinen **Lastenausgleich** den Ländern und damit auch dem bayerischen Staat wieder größere Mittel für die Wiedergutmachung zufließen werden. Der Bundesrat hat in seinem Gutachten zur Gesetzesvorlage über einen allgemeinen Lastenausgleich bereits am 19. Januar dieses Jahres beantragt, dieses Gesetz dahin zu ergänzen, daß ein Anteil an den aufgebrachten Mitteln den Ländern zur Entschädigung der von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Verfolgten angewiesen wird. Dieser Antrag ist von Bayern unterstützt worden. Die bayerische Staatsregierung wird auch weiterhin um die Durchsetzung der berechtigten Ansprüche der Verfolgten besorgt sein.

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

Meine Damen, meine Herren! Der Überblick über Entwicklung und Stand der Wiedergutmachung in Bayern beweist den zu allen Zeiten vorhandenen guten Willen der bayerischen Staatsregierung, die Wunden zu heilen, die Not zu lindern und die Verluste zu ersetzen, die durch menschliches Vermögen ersetzt werden können. Die Unzulänglichkeit solcher Maßnahmen ist zu bekannt, um sie erneut zu betonen. Die bayerische Staatsregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Rahmen ihrer Mittel getan, was sie tun konnte. Der gerecht Denkende wird ihr dafür die Anerkennung nicht versagen können. Die bayerische Staatsregierung ist bereit, ihren Teil zu dieser Wiedergutmachung auch weiterhin zu leisten. Die bekannten Vorkommnisse der vergangenen Wochen können sie von der Pflicht nicht abhalten, Menschen zu helfen, die durch Terror und Haß Bitteres erlebt haben. Es wird alles getan, die reibungslose Arbeit des Landesentschädigungsamtes sicherzustellen und fortzuführen, selbstverständlich unbeschadet der Aufdeckung krimineller Vergehen.

Unserem Wunsche, die anklagende Wirklichkeit der Konzentrationslager aus der leidvollen Geschichte unseres Volkes auszulöschen, wird dann Erfüllung, wenn wir in der Sorge um die Toten und in der Fürsorge um die Lebenden nicht erlahmen und wenn nicht Haß oder Vergeltung bestimmend sind, um eine unselige Vergangenheit zu liquidieren. Der gute Wille, wiedergutzumachen, muß denen, an denen Böses geschehen ist, und denen, die ohne persönliche Schuld die Aufgabe der Wiedergutmachung übernommen haben, gemeinsam sein. Nur durch diese **Verständigung** ist es möglich, nicht neuen Haß zu erzeugen, sondern den Haß der Vergangenheit aus der Welt zu schaffen und eine Wiederkehr von Terror und brutaler Gewalt zu verhindern.

*

Die Kundgebung schließt mit der Wiedergabe des Streichquartetts Opus 18, Nr. 2, Allegro molto quasi presto, von Ludwig van Beethoven.

Präsident Dr. Stang: Die Gedächtnissitzung ist geschlossen. Die Aufnahme unserer parlamentarischen Arbeit ist für 16 Uhr 45 Minuten vorgesehen.

Präsident Dr. Stang eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 51 Minuten.

Präsident Dr. Stang: Die 19. Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Hausleiter, Dr. Huber, Kaifer, Kerber.

Die Staatsregierung hat dem Hohen Haus den Entwurf eines Gesetzes über die Bereitschaftspolizei zugeleitet. — Der Verfassungsausschuß wird sich mit diesem Entwurf beschäftigen.

Der Bayerische Senat hat dem Landtag den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes Nr. 89 über die Meldepflicht von Fehl- und Frühgeburten zugeleitet. — In dieser Angelegenheit hat auch der Abgeordnete Bezold und Fraktion einen Initiativgesetzentwurf vorgelegt. — Beide Entwürfe sind ebenfalls dem Verfassungsausschuß zur Beratung zugeleitet worden.

Aus der Mitte des Hauses sind folgende Gesetze entwürfe vorgelegt worden:

1. Rabenstein und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes Nr. 52 über Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung der Mitglieder der bayerischen Staatsregierung.

2. Volkholz und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erweiterung der Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates. — Beide Entwürfe sind dem Haushaltsausschuß überwiesen worden. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Der Präsident des Bayerischen Senates teilt mit, daß der Senat gegen folgende Gesetze keine Einwendungen erhebt:

1. Siebentes Gesetz über Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates;

2. Gesetz über Zins- und Tilgungszuschüsse des bayerischen Staates. — Hiervon nimmt das Hohe Haus Kenntnis.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Interpellation des Abgeordneten Drechsel und Fraktion betreffend Versorgungs- und Transport-schwierigkeiten der bayerischen Industrie, insbesondere der Exportindustrie (Beilage 412).

Die Interpellation verliest der Herr Abgeordnete Drechsel; ich erteile ihm das Wort.

Drechsel (SPD): Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die am 4. April 1951 eingebrachte Interpellation lautet:

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den bereits eingetretenen und noch bevorstehenden Versorgungs- und Transport-schwierigkeiten der bayerischen Industrie zu begegnen und dafür zu sorgen, das insbesondere die Exportindustrie ungehindert arbeiten und ihren Export steigern kann?

Präsident Dr. Stang: Ich frage die Staatsregierung, ob sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Guthsmuths, Staatssekretär: Sofort, Herr Präsident!

Präsident Dr. Stang: Die Staatsregierung erklärt, sie sei bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Ich bitte zunächst den Herrn Interpellanten, die Interpellation zu begründen.

Drechsel (SPD): Meine Damen und Herren! Zur Begründung der Interpellation möchte ich darauf verweisen, daß am 4. April, dem Tag der Einreichung der Interpellation, der auf 68 Pfennige erhöhte Zonenpreis für Benzin gerade einige Tage in Kraft

(Drechsel [SPD])

getreten war. Der Herr Staatsminister für Wirtschaft hat in der Sitzung vom 3. April auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Fischer zugegeben, daß dadurch eine zusätzliche Belastung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft eingetreten ist. Der Herr Minister hat zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen wird, bis zum Ende des Monats April im Bundestag eine Änderung des Gesetzes zur Aufhebung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiet der **Mineralölwirtschaft** zu erreichen, wie es der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestags am 7. März angenommen hat. Die praktische Freigabe der Preise für Mineralöle, die in Verbindung steht mit der Aufhebung des Zentralbüros für Mineralöle, muß sich als eine mit schweren Nachteilen für die bayerische Wirtschaft verbundene Maßnahme erweisen.

Wenn in den letzten Tagen einige Mineralölgesellschaften den Preis für Benzin freiwillig um 2 $\frac{1}{2}$ gesenkt haben, so bleibt der unterschiedliche Preis in der Bundesrepublik doch bestehen. Die Treibstoffverbraucher warten mit Sorge und Spannung, was nach dem 30. April werden soll. Zu dieser neu entstandenen Lage treten die alten Sorgen, welche die frachtenbelastete bayerische Wirtschaft auf dem Gebiet des Verkehrs hat. Die von der Bundesbahn bisher gewährten Frachterleichterungen haben sich als wenig wirksam erwiesen. Ich möchte deshalb anregen, erneut mit Bemühungen einzusetzen, um den durch die Zonentrennung für die bayerische Wirtschaft eingetretenen Zustand zu erleichtern. Insbesondere bitte ich, die Bemühungen darauf auszu dehnen, daß die früheren **Seehandelsplatz-Ausnahmetarife** für die bayerische Wirtschaft (für Bier usw.) im Interesse der Verstärkung des Exports wieder eingeführt werden.

Notwendig ist auch eine Frachterleichterung für die oberpfälzische Braunkohle, die jetzt wieder wettbewerbsfähig gemacht werden soll. In der **Kohlenversorgung der bayerischen Industrie**, insbesondere der Betriebe, die vom Bezug tschechischer Kohle abhängig waren, haben sich Verhältnisse entwickelt, die einfach nicht mehr tragbar sind. Die Zusagen, daß an Stelle der ausgefallenen Menge Tschechenkohle eine entsprechende Menge rheinischer Braunkohle und Ruhrkohle geliefert werden solle, sind anscheinend schwer einzuhalten. Die Situation ist zur Zeit so: An der Ruhr steigt die Förderung der Kohle von Woche zu Woche; bereits seit März liegt der Monatsdurchschnitt über einer Tagesförderung von 400 000 Tonnen. Infolgedessen hat sich besonders in den kohlennahen Gebieten im Westen der Bundesrepublik die Produktion in den letzten Wochen zusehends wieder erhöht, während wir in unserer Industrie mit dauernden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die **Porzellan-Industrie** mußte zum Beispiel infolge der ungesicherten Kohlenlage Exportaufträge ablehnen, und zahlreiche Betriebe in der Oberpfalz und in Oberfranken haben seit Wochen die Arbeitszeit verkürzt. Entweder zahlt die Arbeitslosenversicherung dafür die Kurzarbeiterunterstützung oder der Staat die Lohnausfallvergütung.

Seit der Einreichung der Interpellation habe ich zu dem Material, das mich Anfang April zu dieser Interpellation veranlaßte, zusätzlich eine Menge von Zuschriften erhalten. Dieses Material ist geradezu erschütternd. Betriebe, die vom Dezember 1950 bis zum März 1951 nur 25 Prozent ihres tatsächlichen Bedarfs an Kohle erhalten haben, sind nicht gerade Ausnahmefälle. Dieser Zustand in Bayern und besonders in **Ostbayern** steht mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Kohlenmarkt nicht mehr im Einklang. Die **bisherige Kohlenverteilung** hat sich als sehr **fehlerhaft** erwiesen. Ich glaube, es ist an der Zeit, einmal darauf aufmerksam zu machen, daß es in Westdeutschland nicht nur eine Schwerindustrie gibt, an der der Herr Bundeswirtschaftsminister mit besonderer Liebe zu hängen scheint und wofür er mit einer auffälligen Gegenliebe bedacht wird, sondern auch noch eine **Exportindustrie**, die, gesamtwirtschaftlich gesehen, für Bayern von großer Bedeutung ist. Vom Export müssen wir leben; denn von ihm hängt in Westdeutschland letzten Endes alles ab.

Erfreulicherweise hat sich auch der **Landwirtschaftsausschuß** mit der Kohlenversorgung in Bayern beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, man möge die Grubenholzlieferungen von einer ausreichenden Kohlenversorgung Bayerns abhängig machen. Es wird zwar nicht ganz so gehen, wie sich der Ausschuß das gedacht hat, aber die Verantwortlichen der Kohlenbergbauleitung müßten doch einsehen, daß sie von uns mindestens genau so abhängig sind, wie wir von ihnen. Übrigens bin ich der Meinung, daß auch in der innerbayerischen Kohlenverteilung ein Wandel eintreten muß, und zwar insbesondere bei der Stelle, die die Kohlenmengen zu verteilen hat, die an Stelle der tschechischen Kohle von Westdeutschland her nach Bayern geliefert werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal fragen, wie es mit der Wiederbelebung der **Handelsbeziehungen zwischen Westdeutschland und der Tschechoslowakei** steht. Es geht auf die Dauer einfach nicht an, daß uns von der Besatzungsmacht Schwierigkeiten gemacht werden und der Warenexport nach der Tschechoslowakei verboten wird, während die gleichen Warenkategorien von anderen Ländern dorthin exportiert werden dürfen. Bei meinem Aufenthalt in der **Schweiz** in der vergangenen Woche habe ich festgestellt, daß dort die Bemühungen um die Übernahme des Exports von Westdeutschland nach der Tschechoslowakei, dem übrigen Osten und Südosten verstärkt werden. Die Maschinen und sonstigen Güter, die von dort geliefert werden, sind auch nicht von Pappe. Man sollte es sich abgewöhnen, den Begriff „kriegswichtige Artikel“ so weit auszulegen, wie er zum Beispiel bei den Anfangspraktiken der Demontage ausgelegt worden ist. Damit könnte praktisch jeder Export nach dem Osten unterbunden werden. Für unsere nord- und ostbayerische Industrie hängt aber sehr viel von den normalen Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei ab. Denn neben der Kohle ist noch das **Kaolin** in der bayerischen Porzellanindustrie, einer ausgesprochenen Exportindustrie, von Bedeutung. Auch auf diesem Gebiet mehrten sich die Schwierigkeiten. Ich finde es einfach lächer-

(Drechsel [SPD])

lich, daß wir tschechisches Kaolin auf dem Grauen Markt über die Schweiz beziehen müssen, das wir bei entsprechenden Gegenlieferungen direkt, billiger und frachtgünstiger aus der Tschechoslowakei bekommen könnten.

Eine weitere Versorgungsschwierigkeit macht der Exportindustrie zu schaffen, deren reibungsloses Funktionieren mir aus den bereits erwähnten Gründen am Herzen liegt: Es handelt sich dabei um die wenigen Betriebe, die den mitunter unbedeutend erscheinenden Artikel **Holzwolle** herstellen. Holzwolle wird in der Exportindustrie für Glaswaren und einige andere Dinge benötigt. Mir stehen die Unterlagen eines Betriebes aus der Oberpfalz zur Verfügung, der mit einigen anderen Betrieben das ganze Gebiet mit Holzwolle zu versorgen hat. Gemessen an der Bedarfsziffer wird der Betrieb heute mit 11 Prozent an Faserholz — Kiefer und Fichte — versorgt. Der Betrieb arbeitet verkürzt, und es ist bei weiterer schlechter Belieferung mit Stilllegung zu rechnen. Von 12 bedeutenden Firmen der Exportindustrie liegen Schreiben vor, daß sie ihre Exportaufträge nicht mehr ausführen können, wenn nicht die benötigte Holzwolle geliefert wird. Betriebe der Porzellanindustrie sind dazu übergegangen, wegen des Mangels an Holzwolle Stroh als Verpackungsmaterial bei Stapelware zu verwenden. Der Erfolg war ein 50prozentiger Bruch. Trotz aller meiner Bemühungen ist es nicht gelungen, von den Forstämtern und den Privatwaldbesitzern eine Zusage auf genügende Lieferung von Faserholz für die Produktion von Holzwolle zu bekommen. Es ist mir natürlich klar, daß wir aus dem deutschen Wald nicht unbeschränkt Holz herausnehmen können. Ich zweifle aber nicht daran, daß Faserholz aus spekulativen Gründen von Bayern aus in großen Mengen in die Papierfabriken geht und dort zu Feinpapier verarbeitet wird. Das gleiche Holz könnte auch zu Holzwolle verarbeitet werden, damit unsere bayerische Exportindustrie ungehindert arbeiten könnte.

Nach meiner Auffassung sind wir an dem Punkt angelangt, wo wir uns überlegen müssen, ob wir das marktwirtschaftliche Prinzip im Interesse einer in Bonn verfolgten theoretischen Linie aufrechterhalten können oder ob wir nicht in unserem eigenen Raum Maßnahmen ergreifen müssen, die die Beschäftigung in der für Bayern wichtigen Exportindustrie sichern. Dadurch liefern wir auch einen **gesamtwirtschaftlichen Beitrag**; denn die Pflege und Förderung des Exports scheint mir noch immer die wichtigste wirtschaftliche und auch politische Aufgabe zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Stang: Zur Beantwortung der Interpellation erteile ich dem Herrn Staatssekretär Dr. Guthsmuths das Wort.

Dr. Guthsmuths, Staatssekretär: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Begründung zu dieser Interpellation habe ich so kurzfristig erhalten, daß ich im Augenblick leider nicht darauf eingehen kann. Ich muß mich darauf beschränken, den Text der Interpellation selbst zu beantworten.

Herr Abgeordneter Drechsel, ich werde aber dafür sorgen, daß die aus Ihrer Begründung hervorgehenden neuen Gesichtspunkte bald gesondert beantwortet werden.

Der Herr Abgeordnete Drechsel hat in seiner Interpellation die Frage gestellt, was die bayerische Staatsregierung zu tun gedenkt, um den bereits eingetretenen und noch bevorstehenden **Versorgungs- und Transportschwierigkeiten der bayerischen Industrie** zu begegnen und dafür zu sorgen, daß insbesondere die **Exportindustrie** ungehindert arbeiten und ihren Export steigern kann.

Mit dieser Interpellation hat der Herr Abgeordnete Drechsel an die Grundprobleme unserer gegenwärtigen Wirtschaftssituation gerührt. Ich ergreife daher gerne die Gelegenheit, Ihnen hierzu einige grundsätzliche Ausführungen zu machen, möchte dabei aber von vornherein betonen, daß die Behebung der bereits eingetretenen und unter Umständen noch bevorstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten weitgehend den Kompetenzen der bayerischen Staatsregierung entzogen ist und auf der Ebene des Bundes für das ganze westdeutsche Gebiet gelöst werden muß. Über diese Dinge ist im Zusammenhang mit der Interpellation über die Preisentwicklung schon einmal vom Herrn Staatsminister Dr. Seidel eingehend gesprochen worden. Trotzdem wird die bayerische Staatsregierung selbstverständlich nach wie vor alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Lücken in der Versorgung Bayerns zu schließen oder die Schwierigkeiten im Transport zu mildern, und bei den Bundesstellen für eine gerechte Berücksichtigung der bayerischen Interessen eintreten.

Die **industrielle Produktion** ist im vergangenen Jahr um rund 30 Prozent gestiegen und hat damit das Vorkriegsniveau nicht nur erreicht, sondern bis heute um etwa ein Drittel bereits überstiegen. Allerdings hat sich dabei eine bedrohliche Diskrepanz zwischen der **Erzeugungskapazität** der verarbeitenden Industrie und der Grundstoffindustrie ergeben. Während die verarbeitende Industrie heute in der Lage wäre, kapazitätsmäßig ungefähr 50 vom Hundert mehr zu erzeugen als im Jahre 1936, hat die Grundstoffindustrie sowohl in ihrer Erzeugung wie in ihrer Kapazität den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht. Die ausreichende Versorgung mit Kohle, Eisen, Stahl und Grundchemikalien ist dadurch zu einem Kardinalproblem der westdeutschen Wirtschaftspolitik überhaupt geworden. Gleichzeitig verschärfte sich die **Knappheit an Importrohstoffen**, insbesondere an Nichteisen-Metallen, Textilfasern, Kautschuk usw., da diese, wie man sagt, strategisch wichtigen Rohstoffe durch die Vorratsbildung der Großmächte großenteils dem Markt entzogen wurden. Das Rohstoffproblem trat umso stärker in den Vordergrund, als die westdeutsche Produktionswirtschaft seit Mitte vergangenen Jahres mehr und mehr auch für die Versorgung der westlichen Welt mit Gütern des zivilen Bedarfs herangezogen wird. Es ist, wie demnach nicht besonders begründet zu werden braucht, kein spezifisch bayerisches, auch kein nur westdeutsches, sondern ein — ich möchte fast sagen — weltweites Problem ge-

(Dr. Guthsmuths, Staatssekretär)

worden, das uns heute zu schaffen macht und unter dem wir zweifellos in Bayern besonders zu leiden haben. Soweit Knappheitserscheinungen bei Importrohstoffen aufgetreten sind oder noch auftreten werden, können sie nur auf dem Wege einer Beteiligung Westdeutschlands an den internationalen Rohstoffgremien gemildert werden. Soweit die Importrohstoffe aus Devisenmangel nicht in ausreichendem Umfang bezogen werden können, kann nur durch entsprechende Steigerung des Exports — und damit unserer Deviseneinnahmen — Abhilfe geschaffen werden. Sofern die Lösung der Rohstoffschwierigkeiten im Rahmen der innerdeutschen Wirtschaftspolitik gefunden werden muß, kann sie nur durch Kapazitätsausweitung der Grundstoffindustrien erfolgen. Dies ist allerdings eine Aufgabe, die nur auf weite Sicht zu bewältigen ist und erhebliches Investitionskapital erfordert.

Dazu im einzelnen: Das für die Aufstockung der Grundstoffindustrien erforderliche **Investitionskapital** steht aus ERP-Mitteln nur noch in beschränktem Umfang zur Verfügung. In der dritten Tranche der Marshall-Plan-Gegenwertmittel, die in einem Gesamtbetrag von rund 1,35 Milliarden D-Mark freigegeben wurden, stehen für die Energiewirtschaft 275 Millionen D-Mark, für den Kohlenbergbau 80 Millionen D-Mark, für die Eisen- und Stahlindustrie 75 Millionen D-Mark jetzt schon bereit. Die Mittel dürfen nach Anweisung der ECA-Sondermission nur für solche Investitionen verwendet werden, die die westdeutsche Kapazität im Interesse der westlichen Verteidigung erhöhen. Diese Gegenwertmittel sind also von vornherein sowohl hinsichtlich ihrer Höhe wie auch nach dem Anlagebereich festgelegt. Der **Anteil Bayerns** an den genannten Beträgen ist noch nicht genau umschrieben. Das Bestreben der bayerischen Staatsregierung wird darauf abzielen, der bayerischen Energiewirtschaft einen der Dringlichkeit ihres Ausbaus entsprechenden Anteil an dem Gesamtbetrag zu sichern.

Die aus der dritten ERP-Tranche fließenden Kapitalien vermögen indessen den Investitionsbedarf bei weitem nicht zu decken. Für das kommende Wirtschaftsjahr 1951/52 werden allein für die Grundstoffindustrien 1,2 Milliarden **Investitionskredite** erforderlich sein. Aus dem ERP sind dafür, wie erwähnt, nur noch sehr beschränkte Mittel zu erwarten. Da auch ein funktionsfähiger Kapitalmarkt in Westdeutschland noch nicht vorhanden ist, bemüht sich die Bundesregierung seit mehreren Wochen, einen Weg zu finden, der die Aufbringung dieser Summe ermöglichen soll. Vorschläge hierfür liegen von verschiedenen Seiten vor. Ich erinnere an den inzwischen aufgegebenen Erhardschen Aufbausparplan, an den Abschen Plan der teilweisen Abschöpfung der Abschreibungen und an den sogenannten Wuppertaler Plan, der eine von den Herstellern zu tragende Aufbringungsumlage vorsieht und in seinem Wesen meiner Auffassung nach ein Wertpapiersparen darstellt. Es ist zu wünschen, daß sich möglichst bald aus den zahlreichen Erörterungen ein tragbarer Plan herauskristallisiert und er praktisch verwirklicht wird.

rungen ein tragbarer Plan herauskristallisiert und er praktisch verwirklicht wird.

Wie immer auch die Aufbringung erfolgen wird, es wird noch geraume Zeit dauern, bis sich die Investitionen in einer erhöhten Grundstoffherzeugung auswirken können. Bis dahin kann nur die **rationellste Verwendung der Rohstoffe** die Knappheit mildern, wenn auch nicht beseitigen. Die notwendigen Maßnahmen zu einem volkswirtschaftlich richtigen Einsatz der Rohstoffe sind vom Bundesrat und Bundestag durch das **Gesetz über Sicherungsmaßnahmen** auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft vom 9. März 1951 getroffen worden. Es gibt der Bundesregierung Vollmacht

1. Rechtsverordnungen über die Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung, Lieferung und den Bezug von festen Brennstoffen, Mineralölen, Edelmetallen, Nichteisen-Metallen und daraus hergestellten Erzeugnissen zu erlassen und ihre statistische Erfassung zur Sicherstellung und Bedarfsdeckung anzuordnen, und

2. die Verwendung und Vorratshaltung für Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft zu regeln und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen und lebensnotwendigen Bedarfs auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft zu sichern.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird von den Ausschüssen des Bundestags und Bundesrats ein **Ergänzungsgesetz** zu dem Gesetz über Sicherungsmaßnahmen beraten und voraussichtlich noch in dieser Woche verabschiedet. Die in dem Entwurf vorgesehenen Ergänzungen sehen weitere Vollmachten für die Bundesregierung vor, die insbesondere dem Zweck dienen sollen, Prioritäten der Exportindustrien für die Versorgung mit Rohstoffen und Vormaterialien zu schaffen.

Grundsätzlich ist in dem Gesetz über Sicherungsmaßnahmen die Möglichkeit gegeben, weitgehende Lenkungsmaßnahmen durchzuführen. Vor allem soll nur die Produktions-, nicht aber die Konsumsphäre davon berührt werden.

Die wichtigste der inzwischen ergangenen Verordnungen bezieht sich auf die **Deckung des Bedarfs an festen Brennstoffen**. Sie ermächtigt den Bundeswirtschaftsminister, notfalls Liefermengen für die Belieferung der zentral versorgten Verbrauchergruppen, der Hausbrandverbraucher, Kleinverbraucher sowie anderer Verbrauchergruppen festzusetzen. Das Ziel ist dabei, die nach Erfüllung der Exportverpflichtungen für den deutschen Verbraucher verbleibende Kohle den volkswirtschaftlich wichtigsten Bedarfsträgern zuzuführen. Angesichts des Kohlemangels, der die revierferne bayerische Wirtschaft besonders bedrückt, wird diese Regelung unter Umständen in den kommenden Monaten für uns in Bayern erhebliche praktische Bedeutung erlangen. Schon die bisher der bayerischen Wirtschaft zugeteilten Kohlenmengen, die sich in den letzten Monaten auf gleicher Höhe hielten und im Durchschnitt auch voll zur Auslieferung kamen, reichten, wie Sie, Herr Abgeordneter Drechsel, richtig feststellen, nicht aus, um allen Indu-

(Dr. Guthsmuths, Staatssekretär)

striegruppen eine der Auftragslage entsprechende Kapazitätsausnutzung zu gewährleisten, obwohl die wachsende Verringerung der Anlagen zu einer bedeutenden Verringerung des spezifischen Kohlenverbrauchs führte.

(Abg. Wimmer: Wie hoch ist die Zuteilung pro Monat insgesamt?)

— Herr Abgeordneter Wimmer, die Richtmengen schlummern bisher noch im Schoß der westdeutschen Ruhrkohlenbehörde. Wir sind aber auf dem besten Wege, hinter das Geheimnis der Richtmengen zu kommen, um das anzustreben, was der Herr Abgeordnete Drechsel in seiner Begründung als dringend notwendig gefordert hat.

Zu Beginn des zweiten Quartals 1951 hat die **Versorgungslage** eine weitere **Verschärfung** erfahren. Der Zwang, den Grundstoffindustrien eine gewisse Mindestversorgung zu sichern und vor allem auch der **Baustoffindustrie** eine verstärkte Produktion im Interesse der Bauwirtschaft zu ermöglichen, hat eine Beschränkung der Kohlenversorgung aller übrigen Industrien zur Folge. Sie wird umso nachhaltiger fühlbar, als die seit längerem ausfallenden Lieferungen von **Tschechenkohle** nicht voll durch Ersatzlieferungen der Ruhr ausgeglichen werden konnten.

(Zuruf: Trotz des Versprechens des Herrn Bundeswirtschaftsministers!)

— Jawohl. Auch in der Versorgung mit Braunkohlenbriketts ist durch den Ausfall der Tschechen-Importkohle und erhöhte Lieferverpflichtungen für Berlin eine 20prozentige Verringerung der für die bayerische Industrie verfügbaren Menge und damit eine fühlbare Einengung, teilweise sogar Beschränkung der Produktionsmöglichkeiten eingetreten, wie Sie dies, Herr Abgeordneter Drechsel, auf einzelnen Gebieten festgestellt haben. Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft steht in **ständigen Verhandlungen** mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und den Kohleverteilungsstellen, um — trotz aller Schwierigkeiten — der bayerischen Wirtschaft einen angemessenen Anteil an den verfügbaren Brennstoffen zu sichern. Auch Verhandlungen über die Wiedereinfuhr von Tschechenkohle nach Bayern sind seit längerem im Gange. Nur nebenbei sei schließlich auf die durch Staatskredite geförderte Umstellung auf die Verfeuerung von **bayerischer Braunkohle** hingewiesen, für deren Transport außerdem **Frachterleichterungen** der Bundesbahn von uns immer noch nachhaltig angestrebt werden. Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß unsere bayerischen Braunkohlenbergwerke, die nach der Währungsreform zum Teil schon wieder zum Erliegen gekommen waren, uns bei der Überbrückung von Kohlenklemmen manch guten Dienst erwiesen haben. Ihre Förderung hat es ermöglicht, in manchen Fällen den Anschluß an den verzögerten Kohlennachschub zu finden und hier und dort helfend einzugreifen.

Ein besonders schwieriger Engpaß ist seit geraumer Zeit auch in der **Versorgung der Industrie mit Eisen und Eisenerzeugnissen** eingetreten. Er

hat, wie Ihnen bekannt ist, seinen Grund in der durch die Alliierten bisher erzwungenen Begrenzung der Eisen- und Stahlerzeugung und in den umfangreichen Demontagen, insbesondere der Walzstraßen. Die unzulängliche Belieferung mit Roheisen für Gießereien, Walzdraht, Feinblechen, Walzmaterialien verschiedener Art und Baueisen verursacht deshalb Störungen, weil sie die Erzeugung weiter Bereiche der gesamten Industrie, insbesondere der wichtigen bayerischen Industriezweige des Fahrzeugbaus, des Maschinenbaus und auch teilweise der Elektrotechnik zu beschränken droht. Der Behebung dieser Schwierigkeiten im Rahmen des Möglichen gilt deshalb auch die besondere Sorge des bayerischen Wirtschaftsministeriums. Das Bundesministerium für Wirtschaft wurde wiederholt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Exporte der eisenschaffenden Industrie einzuschränken und dafür dem Inlandsmarkt, besonders der exportierenden Fertigwarenindustrie mehr Eisen zuzuführen. Weiterhin wurden gemeinsam mit den Wirtschaftsministerien von Württemberg-Baden und Hessen Schritte unternommen, um der seit dem Eintreten der Eisenverknappung festzustellenden Unterbelieferung Süddeutschlands entgegenzutreten und eine der norddeutschen entsprechende Eisenversorgung sicherzustellen. Zahlreiche Interventionen des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft konnten bereits eine Sonderbelieferung notleidender Betriebe mit Walzmaterial erreichen und dadurch ihre Stilllegung verhindern.

Auch zur Sicherstellung der **Schrottversorgung** und auf dem Gebiet der **Schrottpreisregelung** wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium geeignete Maßnahmen ergriffen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hält es darüber hinaus für notwendig, den gegenwärtig übermäßigen Auftragsbestand der eisenschaffenden Industrie zu reduzieren, um eine **Verkürzung der Lieferfristen** zu erreichen. Dabei muß die vorzugsweise Versorgung der Exportindustrie gewährleistet sein. Das ist nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums unter den gegenwärtigen Umständen nur dadurch möglich, daß der Verbrauch der eisenverarbeitenden Industrie für den Inlandsmarkt nach bestimmten Referenzperioden beschränkt und eine Dispositionsreserve für die Exportindustrie geschaffen wird.

Anders liegen die Dinge bei den **Nichteisen-Metallen**. Bei ihnen ist es weniger die Beschaffungsschwierigkeit als vielmehr die von den Weltmärkten ausgehende Hausse, die die Produktion zu tragbaren Preisen, insbesondere auch für den Absatz im Ausland gefährdet. Das bayerische Staatsministerium der Wirtschaft ist deshalb entgegen der Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums für die **Beibehaltung der Lenkungsmaßnahmen** auf dem NE-Metallmarkt eingetreten und hat sie auch durchgesetzt. Eine gewisse Entlastung des Marktes und ein Druck auf die überhöhten NE-Metallpreise darf von den neuen Verwendungsverboten erwartet werden, und zwar bereits in den nächsten Tagen. Nichtsdestoweniger haben wir eine **schärfere Preiskontrolle** auf diesem Sektor für nötig gehalten und durch entsprechende Schritte beim Bundeswirt-

(Dr. Guthsmuths, Staatssekretär)

schaftsministerium erreicht, daß unter anderem die NE-Metall-Schrottpreise in ein festes Verhältnis zu den grauen Rohstoffpreisen der Vereinigten Staaten gebracht werden. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Preise dadurch tatsächlich gedrückt worden sind. Es besteht außerdem berechtigte Hoffnung, daß es dem neugebildeten **Preisreferat in Bonn** gelingt, durch eine Verordnung die NE-Metallpreise noch fester zu binden.

Weitere Bestrebungen, zu denen auch die verarbeitende Industrie wesentlich beitragen kann, sind darauf gerichtet, in größerem Umfang als bisher **Austauschstoffe** zu verwenden und schließlich alle Maßnahmen zu unterstützen, die den Ausbau der deutschen **Aluminiumindustrie** zum Ziele haben. Für Bayern ergibt sich daraus die Forderung nach Remontage des Ofenhauses 3 in Töging.

Die Versorgungsschwierigkeiten bei Kohle, Eisen und gewissen Eisenerzeugnissen sind zur Zeit wohl die schwerwiegendsten, weil sie mehr oder weniger die gesamte Industrie in Mitleidenschaft ziehen. In erster Linie gilt das natürlich für **Kohle**. Besonders die Baustoffindustrie ist es, deren Produktionsmöglichkeiten der Kohlenmangel in bedrohlicher Weise beschränkt. Sowohl die Ziegel- als auch die Zementindustrie werden bei dem gegenwärtigen Umfang der Kohlenversorgung den Bedarf der Bauwirtschaft unzulänglich decken können, zumal die Anforderungen der Besatzungsmacht immer noch den wachsenden Anteil der Produktion in Anspruch nehmen.

(Abg. Donsberger: Hört, hört!)

Ähnliche Produktionsklemmen treten, wenn auch in geringerer Härte, in anderen Produktionszweigen, zum Beispiel in der **Glasindustrie**, in der **keramischen Industrie** und in der **Papierindustrie** auf. Die Steigerung in der Kohleförderung berechtigt zu der Hoffnung, daß auch diese Schwierigkeiten in absehbarer Zeit behoben oder wenigstens auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden können. Inzwischen müssen, wie es auch bereits geschehen ist, die volkswirtschaftlich wichtigsten Industriezweige durch Nachzuteilungen von Kohle besonders unterstützt werden. Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft betrachtet es dabei als eine seiner vordringlichsten Aufgaben, der bayerischen Industrie ihren angemessenen Anteil zu sichern.

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die auf der gegenwärtigen Kohlenklemme beruhenden Produktionsengpässe sich hier und dort störend im Wirtschaftsablauf bemerkbar machen, daß beispielsweise die Knappheit an Papier, Pappe und sonstigem Verpackungsmaterial in einzelnen Fällen zu Störungen in der Auslieferung der Aufträge führen kann und hier und da vielleicht auch schon geführt hat. Es ist aber andererseits festzustellen, daß sie den Gesamtablauf der Wirtschaft bisher nicht wesentlich beeinträchtigt haben. Vielmehr bezeugen die Produktionsergebnisse der jüngsten Zeit, daß es sich oftmals nur um Anschlußschwierigkeiten gehandelt hat, um Stauungen, die den Wirtschaftsablauf zwar zeitweilig verzögerten, aber im Grunde doch die Aufwärtsentwicklung nicht hemmten. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen,

daß nach den letzten, für den Monat März vorliegenden Produktionszahlen nicht nur die wichtigsten Produktionsgüterindustrien, also zum Beispiel die Erzeugung von elektrischer Energie und von chemischen Grundstoffen, sondern auch die Investitionsgüterindustrien ihren Produktionsindex wesentlich erhöhen, zum mindesten aber auf dem bisherigen Niveau halten können. Einzelne für Bayern und besonders für den bayerischen Export wichtige Industriezweige wie die **Elektrotechnik**, die **Feinmechanik** und der **Fahrzeugbau** haben sogar neue Höchstleistungen ihres Produktionsausstoßes erzielt.

Der wirtschaftliche Aufschwung des vergangenen Jahres, der jetzt die unzulängliche Kapazität der Grundstoffindustrien offensichtlich macht, hat auch die Schwächen des westdeutschen Verkehrssystems fühlbar werden lassen. Als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres die Anforderungen an den Verkehrsapparat beträchtlich stiegen, konnte die Bundesbahn mit ihrem durch den Krieg dezimierten Wagenbestand diesen Anforderungen nur noch durch den Einsatz von 25 000 beschränkt verwendungsfähigen Schadwagen und nach Mietung von ausländischen Wagen genügen. Die notwendige, weit über das normale Maß hinausgehende Ausmusterung von Schadwagen wird im laufenden und in den kommenden Jahren den Bestand und damit die **Verkehrskapazität der Bundesbahn** weiter vermindern mit der Folge, daß die Wagengestellung noch unbefriedigender sein wird, als es gegenwärtig vielleicht hier und da schon der Fall ist. Die zu erwartenden Schwierigkeiten erfordern eine beschleunigte Abhilfe, zumal sich mit der weiteren Steigerung der industriellen Produktion auch das Verkehrsaufkommen noch erhöhen wird. Nach den Berechnungen der Bundesbahn beziffert sich der unumgänglich notwendige zusätzliche Bedarf an Güterwagen in den Jahren 1951 bis 1953 auf 55 000 Waggons. Der für die Beschaffung von jährlich 18 000 Waggons erforderliche Kapitaleinsatz dürfte sich auf rund 200 Millionen D-Mark pro Jahr belaufen, wobei die ebenfalls notwendige Neubeschaffung anderer Fahrzeuge wie Lokomotiven, Triebwagen und Personenwagen noch nicht berücksichtigt ist.

Wenn schon in der gegenwärtigen verkehrssarmen Jahreszeit dem Verkehrsbedarf nicht voll entsprochen werden kann, so läßt sich um so weniger für die Bewältigung der im Herbst auftretenden Verkehrsspitzen eine erfreuliche Prognose stellen. Auch der Einsatz von Schadwagen und die Anmietung ausländischer Wagen wird die zu erwartenden Schwierigkeiten nur wenig erleichtern können. Die Bundesbahn erstrebt deshalb einen rascheren Wagenumlauf. Auch die verladende Wirtschaft wird dazu ihren Beitrag durch rasche Be- und Entladung der Wagen sowie Entladung an Sonn- und Feiertagen leisten müssen. In der Beförderung von höherwertigen Gütern wird auch der **gegenwärtige Laderaumüberschuß des Lastwagenverkehrs** eine beschränkte vorübergehende Entlastung ermöglichen. Im Notfall muß indes auch hier auf verkehrsleitende und -lenkende Maßnahmen wie Anordnung einer Rangfolgeliste der Güterbeförderung zurückgegriffen werden.

(Dr. Guthsmuths, Staatssekretär)

Wenn auch Herr Abgeordneter Drechsel in seiner Interpellation nur von Transportschwierigkeiten gesprochen hat, scheint es mir doch notwendig, ganz kurz auf die Frage der **Frachterleichterungen für die ostbayerischen Grenzgebiete** einzugehen. Wir werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß Frachterleichterungen für diese von den Rohstoffgebieten, den Kohlerevieren und den Abnahmelandern am weitesten entfernten Gebiete schlechthin lebensnotwendig sind. Ein gewisser, angesichts der prekären Finanzlage freilich beschränkter Erfolg war den Bemühungen der bayerischen Staatsregierung insofern beschieden, als am 1. November vergangenen Jahres Frachterleichterungen für Holz, Steine und Erzeugnisse des Nichtkohlebergbaus mit einem Aufwand von 1,2 Millionen D-Mark gewährt werden konnten. Inzwischen ist auch ihre Fortführung bis zum 30. April dieses Jahres sichergestellt worden. Die hierfür zusätzlich erforderlichen 400 000 DM sind vom Bund und vom Land Bayern gemeinsam aufgebracht worden. Allerdings müssen nach neuen bereits veröffentlichten Richtlinien für die Zeit ab 10. März gewisse Abschläge an den Frachtermäßigungen in Kauf genommen werden. Für Schnittholz wird keine Frachterleichterung mehr gewährt werden, solange der Versand von Schnittholz aus Bayern im Hinblick auf die starke Verknappung nicht erwünscht ist. Sowohl die bayerische Staatsregierung wie die Bundesregierung sind der Auffassung, daß diese Frachterleichterungen auch nach dem 30. April in irgendeiner Form, über die man sich noch schlüssig werden muß, fortgeführt werden müssen. Verhandlungen über diese Frage sind bereits eingeleitet.

Von grundlegender Bedeutung nicht nur für einzelne Gebietsteile und Industriezweige, sondern für die ganze bayerische Wirtschaft, insbesondere für die bayerische Exportindustrie ist die **Verbilligung des Kohlebezugs**. Die hohen Frachtkosten, die die bayerische Industrie nach dem Ausfall der Kohlebezugsquellen in der Ostzone für den Bezug der Kohle von Ruhr und Rhein zu tragen hat, verteuern die Produktion und verschlechtern die ohnehin ungünstige Wettbewerbslage. Die bayerische Staatsregierung strebt daher eine Verbilligung des Kohlebezugs an. Bisher hat sowohl die Bundesbahn als auch das Bundesfinanzministerium unsere Anträge abgelehnt, Mittel für die Verbilligung des Kohlebezugs bereitzustellen. Aber auch diese Bemühungen werden unentwegt fortgesetzt, um bessere Bedingungen für die Industrie insbesondere der ostbayerischen Grenzgebiete und für die Exportindustrie zu schaffen. Auf die daneben laufenden Bestrebungen, die Verfeuerung oberpfälzischer Braunkohle zu fördern und Frachterleichterungen für ihren Transport zu erreichen, habe ich bereits hingewiesen. Es ist zu hoffen, daß dadurch auf weite Sicht eine krisenfeste Kohlebasis wenigstens für einen fachlich und regional begrenzten Teil der bayerischen Industrie geschaffen wird. Über eine weitere tarifpolitische Forderung Bayerns, die **Frachtermäßigung für Vormaterialien aus Eisen und Stahl** und für **Walzmaterial** zugunsten der eisenverarbeitenden Industrie Bayerns, wird gegenwärtig noch verhandelt. Es wird ein Ausnahmetarif

hiefür angestrebt, um die erheblichen Nachteile, die der eisenverarbeitenden Industrie in Bayern aus dem Spannungsverhältnis zwischen den Frachten für Rohstoffe und Vormaterialien im Empfang und bei den Fertigerzeugnissen im Versand erwachsen sind, wenigstens teilweise auszugleichen.

Angesichts der weiten Entfernung der bayerischen Exportindustrie von den westlichen Abnehmerländern und den Seehäfen ist die Gewährung von Frachterleichterungen eine wesentliche Voraussetzung für den Export und seine Förderung im Rahmen der bayerischen Wirtschaft. Sie hat nicht nur die Nachteile der ungünstigen Wettbewerbslage gegenüber der nordwestdeutschen Industrie auszugleichen, sondern sie macht auch die Erzeugnisse vielfach überhaupt erst exportfähig. Die Einräumung von **Ausfuhr-Ausnahmetarifen** spielt deshalb eine bedeutsame Rolle im Rahmen eines bayerischen und westdeutschen Exportförderungssystems. Solche Tarife bestehen nicht nur für eine ganze Reihe von einzelnen bayerischen Exportgütern, wie fabrikmäßig hergestellte Wohnhäuser, gebrannten Ton, oberpfälzischen und oberfränkischen Talkschiefer, gebrannten Kalk, Wegebaustoffe, Kalziumkarbid, Maschinen und andere, sondern auch für ganze Warengruppen, wie zum Beispiel die Gablonzer und Nürnberger Waren. Schließlich besteht ein allgemeiner Ausnahmetarif, der für eine große Zahl wichtiger Güter eine Ermäßigung bis zu 35 Prozent gegenüber den Regelfrachten einräumt. Die Liste der durch Ausnahmetarife begünstigten Güter und Versandplätze konnte in den letzten Jahren erfreulicherweise wesentlich erweitert werden. Unter anderem ist, wie schon erwähnt, auch die neu aufgebaute ehemalige **Gablonzer Industrie** in den Genuß dieser Frachterleichterungen gekommen. Die bayerische Staatsregierung wird auch weiterhin bemüht sein, bayerischen Erzeugnissen auf diese Weise den Weg in das Ausland zu öffnen.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen in kurzen Zügen die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Wirtschaft darzulegen. Wir haben es dabei zum Teil mit Folgeerscheinungen des Krieges zu tun, zum Teil mit Wachstumserscheinungen unserer neu aufstrebenden Wirtschaft, die durch die außenpolitischen Spannungen und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die westdeutsche Wirtschaft noch verschärft werden. Ihre Behebung kann, wie ich darzustellen versucht habe, vorerst nur mit behelfsmäßigen Mitteln erfolgen. Ihre endgültige Beseitigung ist nur von umfangreichen Investitionen in den Grundstoffindustrien und im Verkehrswesen zu erwarten. Die Aufbringung des dafür notwendigen Kapitals stellt besonders die kapitalschwache bayerische Wirtschaft vor eine schwere Belastungsprobe. Die bayerische Wirtschaftsverwaltung wird mit besonderer Aufmerksamkeit darüber wachen, daß wir sie ohne Schaden für die künftige Wirtschaftsentwicklung in Bayern bestehen.

Vizepräsident Hagen: An die Antwort der Staatsregierung schließt sich eine Besprechung an, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern des Hauses verlangt wird. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die eine Besprechung wünschen, sich von den

(Vizepräsident Hagen)

Sitzen zu erheben. — Ich stelle fest, daß mehr als 25 Mitglieder eine Besprechung wünschen. Wir treten in die Besprechung ein.

Zum Wort hat sich gemeldet Herr Abgeordneter Högn. Ich erteile ihm das Wort.

Högn (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Interpellation des Herrn Abgeordneten Drechsel und die Antwort des Herrn Staatssekretärs veranlassen mich, Ihnen ganz kurz die Verhältnisse vom Blickfeld des nordost-oberfränkischen Raumes aus darzulegen. Zwei alteingesessene und zu besonderer Bedeutung gelangte Industriezweige dieses Gebietes, nämlich die **Textilindustrie** und die **Porzellanindustrie**, sind durch die neue Grenzziehung und den dadurch entstandenen toten Winkel in schwere Bedrängnis geraten. Die anhaltend ungenügende Kohlebelieferung beeinträchtigt, wie schon gesagt wurde, die **Kapazität** und **Konkurrenzfähigkeit** aller Industriezweige dieses Gebietes. Der fast völlige Ausfall dieser Lieferungen und die Umstellung auf die teure Ruhrkohle bedingen in diesem Gebiet höhere Unkosten und teilweise eine viermal höhere Fracht. Es ist klar, daß dadurch die Leistungsfähigkeit immer mehr geschwächt wird. Die gleiche Kalamität wird, auch darauf hat schon Herr Abgeordneter Drechsel hingewiesen, durch den ständig sich vermehrenden Mangel an Kaolin verursacht. Es hat sich der paradoxe Zustand herausgebildet, daß Kaolin mehrfach verteuert auf weitem Umweg über das Ausland eingeführt werden muß. Es ist eine Tatsache, daß Kaolin von der CSR über Polen, Holland und die Schweiz nach Oberfranken gelangt. Ähnliche Schwierigkeiten treten bei sonstigen exportierenden Branchen auf. Die Textil- und metallverarbeitende Industrie wird durch bedeutende Umwege für alle Halbfabrikate und Rohstoffe und durch den Mangel an Kunstseide und Zellwolle in Mitleidenschaft gezogen. Die frühere bedeutende **Handstickereiindustrie** des Hofer Gebiets ist durch Einfuhrschwierigkeiten besonders nach den USA stark benachteiligt. Hunderte von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen sind arbeitslos. Ebenso ergeht es der **Strick- und Wollwarenindustrie**, die mühsam nach Verlagerung aus der CSR durch Flüchtlingsbetriebe mit Spezialkräften aus Flüchtlingskreisen aufgebaut wurde. Alle diese Schwierigkeiten gefährden den bereits erreichten Auftragsbestand, machen Dispositionen auf längere Dauer unmöglich und behindern besonders stark das Exportgeschäft.

Diese Entwicklung hat in den letzten Jahren eine sehr bedenkliche und **gefährliche Auswirkung** zeitigt. Ich darf von meiner Stadt Hof berichten, daß fünf Betriebe — ein Metallbetrieb, eine Weberei, ein Maschinenbetrieb, ein Strick- und ein Wirkwarenbetrieb — verlagert worden sind. Über 1600 Beschäftigte sind dadurch der Arbeitslosigkeit anheimgefallen. Drei weitere bedeutende Betriebe haben anderwärts Zweigbetriebe errichtet. Bei dem Metallbetrieb, der nur in gemieteten Räumen untergebracht ist, kann das unter Umständen noch verstanden werden. Für die Errichtung von Zweig-

unternehmen durch die anderen Betriebe sind aber die Gründe nicht immer stichhaltig gewesen. Jedenfalls kann in keinem Falle der Mangel an Arbeitskräften als Grund geltend gemacht werden. Diese **Abwanderung** wie auch die **Errichtung von Zweigbetrieben** läßt eine außerordentlich starke Schädigung der einheimischen Arbeiterschaft befürchten. Wir glauben und hoffen nicht, daß den neuen Betrieben durch die Unternehmer das größere Augenmerk zugewendet wird und daß die alten Stammbetriebe infolge der Toten-Winkel-Lage mehr und mehr vernachlässigt werden und verkümmern müssen. Eine solche Auswirkung müßte die **Lage und Stimmung der Arbeitnehmerschaft** in diesem Gebiet unheilvoll beeinflussen. Der Herr Bundesarbeitsminister Storch hat kürzlich im Bundestag selbst auf die bedenkliche Erscheinung der Verlagerung von Industriebetrieben an der Grenze hingewiesen und gesetzliche Maßnahmen dagegen gefordert. Wir können nur hoffen, daß in dieser schwerwiegenden Angelegenheit wirklich bald entscheidende Maßnahmen getroffen werden.

Ich muß noch auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung des verhältnismäßig kleinen nordost-oberfränkischen Raumes hinweisen, die eine wesentliche **Verbesserung der Verkehrsverhältnisse** erfordert. Vor allem das Straßenverkehrsnetz liegt sehr im argen, so daß durchgreifende Maßnahmen einfach nicht mehr länger hinausgeschoben werden können. Der gesamte Verkehr wickelt sich teilweise auf Straßen ab, deren Linienführung und Bauzustand völlig veraltet ist. Das ist bedauerlich vor allem deshalb, weil gerade in diesem Gebiet die bedeutendsten Industriezentren liegen, darunter **Selb** mit seiner hochentwickelten Porzellanindustrie, die kontinentale Bedeutung erlangt hat. Wir wollen gerne anerkennen, daß sich in dieser Hinsicht im letzten Jahr manches gebessert hat. Einige Straßen sind in Angriff genommen worden. Ich darf aber doch auch in diesem Hohen Hause dem **Projekt einer Bundesstraße Hof—Selb—Wunsiedel—Marktredwitz** das Wort reden und das Haus bitten, diesen unseren Wunsch beim Bund zu unterstützen.

Ich möchte auch noch hinweisen auf das Gebiet um **Arzberg** ganz dicht an der Grenze, das Straßen aufweist, auf denen normalerweise ein Lastwagen eigentlich nicht mehr fahren könnte, während sich täglich Lastwagen, die von Holland und Belgien kommen, dort bewegen müssen. Auch in dieser Hinsicht wäre ich Ihnen für eine Hilfe sehr dankbar.

Eng verknüpft mit dem Verkehrsproblem ist die Frage der **Frachterleichterungen**, auf die der Herr Staatssekretär schon hingewiesen hat. Wenn irgendwo die Einräumung von Frachterleichterungen am Platz ist, dann hier in diesem Gebiet. Der Herr Staatssekretär hat schon ausgeführt, daß einige Frachterleichterungen bereits geschaffen wurden. Diese bringen wohl für das Gebiet westlich der Linie Bayreuth—Coburg die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, nachdem dieses Gebiet auch früher in der Regel seinen wirtschaftlichen Verkehr über die Werratalbahn geleitet hat. Für die Wirtschaft östlich dieser Linie aber, die bei weitem den Schwerpunkt der nordost-oberfränkischen

(Högn [SPD])

Wirtschaft bildet, muß in Betracht gezogen werden, daß die Absatz- und Liefermärkte in der Hauptsache im nahen Sachsen und Thüringen und in der Tschechoslowakei gelegen waren. Auch die Berechnung der Werratalbahnfrachten bedeutet für den abgelegenen nordost-oberfränkischen Raum noch eine untragbare Belastung. Ich bitte deshalb auch hier die Regierung, dem Bund gegenüber die weitergehenden Anträge der nordost-oberfränkischen Wirtschaft nachdrücklich zu unterstützen, die auf einen vollen Ausgleich der Umwegfrachten und einen Empfangstarif für Kohle und Koks westdeutschen Ursprungs in Anlehnung an die Entfernung von den früheren Bezugsgebieten in Sachsen und Böhmen hinzielen.

Einer ähnlichen Bevorzugung bedürfen die **Brauereibetriebe** Nordoberfrankens, deren Absatzgebiete in Sachsen und Thüringen lagen und die jetzt nach dem Süden, Westen und Norden expedieren, wobei für diesen Industriezweig erschwerend ins Gewicht fällt, daß umfangreiche Investitionen in Sachsen und Thüringen infolge des Eisernen Vorhangs abgeschrieben werden müssen.

Zusammenfassend darf ich die Staatsregierung bitten, als **vordringlichste Maßnahmen** für den nordost-oberfränkischen Raum anzusehen erstens eine Darlehensgewährung an die Wirtschaft der ostbayerischen Notstandsgebiete aus Mitteln des Bundes zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit und der Existenz und Arbeitsfreude der Arbeiterschaft, zweitens die Sicherung einer ausreichenden Belieferung mit Kohle, Kaolin und Rohstoffen und die Einräumung von gerechten Umwegfrachten und drittens eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

Meine Damen und Herren, nur durchgreifende Maßnahmen vermögen die drohende Gefahr wirklich zu bannen. Ich brauche in diesem Hohen Hause auf die politischen Auswirkungen nicht hinzuweisen. Ich möchte nur eines sagen. Wir liegen zwar mehr als 300 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt, glauben aber in unserer Liebe zu unserem Land von niemand anderem übertroffen zu werden. Aus diesem Grunde hoffen wir auch, daß das Haus diesen Grenzgebieten sein besonderes Augenmerk zuwenden wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Christian Müller.

Müller Christian (SPD): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen! Meine Herren! Wenn ich mich zu dieser Interpellation zum Wort melde, so deshalb, weil ich aus einem Kreis komme, wo die Industrie schwer unter **Versorgungs- und Transportschwierigkeiten** leidet. Der **Landkreis Kronach**, im nördlichen Oberfranken gelegen, zählt 96 Gemeinden mit rund 80 000 Einwohnern, von denen 7000 arbeitslos sind. Durch die Aufteilung Deutschlands in vier Zonen sind wir aus dem Herzen Deutschlands an die Peripherie der Trizone gelangt. Seit dieser Zeit leidet unsere Industrie unter den in der Inter-

pellation aufgeführten Versorgungs- und Transportschwierigkeiten. Die Hilfeschreie, die von der Industrie, von den Behörden usw. an alle Stellen des Bundes gerichtet wurden, blieben zum großen Teil ungehört. Rohstoffe aller Art sowie Verpackungsmaterial, das vor allem die **Glas- und Porzellanindustrie** benötigt, konnten bis zum Jahre 1945 aus Mitteldeutschland bezogen werden. Die Entfernung betrug 240 bis 250 Kilometer. Heute kommen dieselben Rohstoffe aus Westdeutschland und haben einen Weg von 500 bis 600 Kilometer zurückzulegen. Was hier für die Glas- und Porzellanindustrie angeführt wird, trifft auch auf die anderen bei uns ansässigen Industrien zu.

Dazu kommen die hohen **Zubringerkosten** für den Transport der Fertigerzeugnisse an den Abnehmer. Diese Zubringerkosten belasten auch sehr erheblich die Gestehungskosten der Betriebe.

Die erheblichen Unkosten werden eine Weiterführung der Betriebe in diesem Winkel dort oben auf die Dauer unmöglich machen. Was bisher geschehen ist — ich habe das schon einmal betont —, ist nicht dazu angetan und reicht nicht dazu aus, wirksame Hilfe zu bringen. Mit einer Beseitigung der Umwegkilometer ist unserer Industrie nicht gedient. Was sie braucht, um weiter bestehen zu können, ist ein **Ausnahmetarif**, der ihr gestattet, ihre Unkosten insbesondere auf der Frachtbasis denen der gleich gearteten Werke in der britischen Zone anzupassen. Die Firmen im Kreis Kronach wollen den gegenwärtigen Zustand nicht mehr länger ertragen. Ein Teil der Betriebe hat bereits Zweigbetriebe in Westdeutschland errichtet. Der Kreis Kronach ist als **Notstandsgebiet** anerkannt. Wenn die dortige Industrie auf Grund ihrer Notlage eine Verlagerung erfährt und Auszug hält, können Sie sich vorstellen, welche noch größere Not dann in diesen notleidenden Kreis einzieht. Unsägliche Not und unbeschreibliches Elend wird über das schwerkgeprüfte und pflichtbewußt schaffende Volk an der Zonengrenze hereinbrechen. Aber nicht nur das arbeitende Volk wird hart betroffen werden, auch die Wirtschaft wird unter der eintretenden Arbeitslosigkeit und der dann schrumpfenden Kaufkraft schwer zu leiden haben. Das ganze Wirtschaftsgefüge des Kreises wäre auf immer zerschlagen.

Nun ist, meine Damen und Herren, mit Ausnahmetarifen allein die Erhaltung und Weiterführung der Betriebe im Kreis Kronach noch nicht garantiert. Neben den erheblichen Unkosten, die ich eben angeführt habe, haben wir in unserem Kreisgebiet sehr schlechte, ja manchmal unbegehbare und **unbefahrbar Straßen** zu verzeichnen. Ich mußte im vorigen Jahr bei einer Zusammenkunft der Behörden auf Burg Lauenstein schon einmal erklären: Wer unten in Oberbayern wohnt und einen Wagen hat, soll einmal versuchen, in den Kreis Kronach zu fahren. Wenn er in München und in der Umgebung von München mit seinem Wagen fährt, dann sitzt er mit seinem Hintern noch auf dem Polster — entschuldigen Sie diesen Ausdruck! —; aber wenn er in den Kreis Kronach fährt, hängt er mehr mit dem Kopf an der Decke, als er sitzt. Ich möchte damit keinen Vorwurf er-

(Högn [SPD])

heben, wenn ich sage, daß die Straßen in München und um München herum besser sind; ich will aber erreichen, daß die Straßen in den Notstandsgebieten auch entsprechend hergerichtet werden.

Der **Bezirk Tettau** liegt hufeisenförmig an der Grenze. Ein einziger Weg ist auf Grund der Zonengrenze, die uns unsere Landstraße versperrt hat, noch vorhanden, um dort passieren zu können. Zur Zeit sind Arbeiten im Gange, um eine Umgehung zu schaffen. Damit kann aber diesem Übelstand nicht abgeholfen werden. Der Rennsteig, den wir befahren müssen, ist nur 3 Meter breit und ohne jeden Unterbau; dort müssen sich heute schwere Lastzüge mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten herumschlagen. Sie hätten einmal zusehen müssen, was dort im vergangenen Winter vor sich ging. Der Weg ist jetzt so kaputt, daß er für die nächste Zeit nicht mehr befahrbar ist. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, eine Eisenbahn zu benutzen, die 7 bis 8 Kilometer durch die russische Zone fährt. Sollten sich aber die politischen Verhältnisse zwischen Ost und West verschärfen und so zuspitzen, daß uns die Russen die Eisenbahn sperren, dann sind wir vollständig lahmgelegt. Dann sind wir bloßgestellt, ohne Eisenbahn und ohne Straßen; dann haben wir überhaupt keine Verbindung mehr. Die Industrie in diesem Winkel wäre damit vollständig erledigt. Neue Massen würden dem Arbeitslosenheer zugeführt werden und größte Not würde auf immer in diesen Winkel einziehen.

Wie es in unserem Kreis aussieht, so sieht es auch in **Hof** aus, wie Sie gehört haben, und so sieht es auch in dem Gebiet aus, für das Herr Kollege Drechsel gesprochen hat. So sieht es in allen Kreisen aus, die **hart an der Zonengrenze liegen**. Ich möchte Sie bitten, die Interpellation zu unterstützen.

Sorgen wir dafür, daß wir Ausnahmetarife und anständige Straßen bekommen, daß größere Kreditmittel und Zuschüsse zum Bau und Ausbau unseres in trostlosem Zustand befindlichen Straßennetzes gegeben werden und daß eine gute Ost-West-Straßenverbindung entlang dem Eisernen Vorhang geschaffen wird! Wenn es nicht gelingt, hier helfend einzugreifen, die Abwanderung der Industrien abzustoppen und neue Industrien anzusiedeln, wenn die Straßen nicht geh- und fahrbar gemacht werden können, dann wird der Kreis Kronach und, man kann sagen, ganz Oberfranken zur Elendsecke Bayerns werden. Darüber müssen wir uns klar sein. Politisch gesehen, könnten wir das nicht beantworten.

Wir sind bis jetzt immer noch das Schaufenster gegen den Osten. Die schwergeprüfte, aber auch sehr disziplinierte Bevölkerung, die seit der Zeit, in der sie zur Grenzbevölkerung gestempelt wurde, eine vorbildliche Haltung gezeigt hat, würde es nicht verstehen, wenn nicht Abhilfe geschaffen würde.

Ich bitte Sie also, unterstützen Sie die Interpellation! Helfen Sie dem Grenzgebiet!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hagen: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Bantele das Wort.

Bantele (BP): Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Hohes Haus! Ich möchte das Bild, das Herr Kollege Drechsel gezeichnet hat und das in pointierter Form die Herren Kollegen Högn und Müller dargestellt haben, ganz kurz nach dem Westen und Süden hin ausdehnen. Es handelt sich um Industrien, die tatsächlich, um mich eines vulgären Ausdrucks zu bedienen, auf dem letzten Loch pfeifen. Das ist die Korbwarenindustrie, das ist die Spielwarenindustrie, das ist die Maschinenindustrie, die, so seltsam es klingen mag, gerade im nordwestlichen Oberfranken eine gut fundierte Heimstätte hat; es handelt sich weiter um die Textilindustrie und auch um die Industrie, der München seinen Ruhm verdankt, die Brauindustrie.

Bei der **Korbwarenindustrie** ist die heimische Wirtschaft nicht mehr in der Lage, das Buchenholz — das ja der Grundstoff für die Herstellung der Korbwaren ist und das im nahen Steigerwald und bei Ebern gewonnen wird — trotz günstigster Frachtbedingungen zu kaufen, weil das Rheinland mit seiner Kapitalkraft jeden Preis bietet und überbietet. Wir sind vollkommen aus dem Rennen geworfen. In zweiter Linie bekommen wir in Lichtenfels keine spanischen Rohre mehr. 80 bis 90 Betriebe müssen in den nächsten Wochen, wenn keine Hilfe kommt, einfach schließen, wodurch wieder Hunderte und aber Hunderte von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden. Es handelt sich um Crin d'Afrique, der nicht mehr zu haben ist, weil die entsprechenden Devisen und Valuten nicht zur Verfügung gestellt werden.

Dann geht es um die Sprungfedern für die **Polsterindustrie**. Vorgestern hat das Hauptlieferwerk in Altena in Westfalen seinen Betrieb eingestellt und damit die Situation geschaffen, daß die gesamte Polsterindustrie in Nordbayern, die maßgeblich in ganz Deutschland ist, zum Erliegen kommt.

In der **Spielwarenindustrie** fehlt es an Tiefziehblechen, und zwar sowohl den fein- wie grobkalibrigen, den feinkalibrigen für feine Spielwaren, Autos usw., den grobkalibrigen Tiefziehblechen für eine Kanisterfertigung, für die im Rahmen einer Million D-Mark monatliche Aufträge, und zwar Exportaufträge, vorliegen. Infolge Mangels an solchen Blechen kann dieses Liefersoll nur zu 30 Prozent erfüllt werden, und es besteht die Gefahr, daß in den nächsten Wochen auch diese 30 Prozent nicht mehr erfüllt werden können, weil der Rohstoff, das Tiefziehblech, nicht mehr vorhanden ist.

Bei der Spielwarenindustrie handelt es sich nicht nur um den Grundstoff für die Spielwaren, sondern auch um das Verpackungsmaterial. Während früher aus nahen Entfernungen das gesamte Verpackungsmaterial aus Thüringen, aus der Plauener Zone, herüberkam, beziehen wir heute Pappe aus Finnland. Allein am Verpackungsmaterial scheitert also der Export. Dadurch werden jetzt Tausende von tüchtigen Facharbeitern der Spielwarenindustrie in Nordbayern auf die Straße geworfen.

Weiterhin kommen in Betracht die Farbkästen für Günther-Wagner, die ebenfalls dort hergestellt

(Bantele [BP])

werden. Es geht um Aufträge, die monatlich zwischen 30 000 und 40 000 DM einbringen und die jetzt zum Erliegen kommen, weil es wiederum am Rohstoff fehlt.

Die Maschinenindustrie habe ich schon erwähnt. In der **chemischen Industrie** hängen die Schwierigkeiten mit dem Problem der Kohlenversorgung zusammen. Nicht nur die bösen Amerikaner sind es, die die Verträge mit der Tschechoslowakei haben sistieren lassen, sondern es sind auch die Herren in Leverkusen, Höchst und Ludwigshafen, die Herren von den Farbwerken, die für ihre chemischen Produkte plötzlich im Westen, von Holland und den Atlantikstaaten, überhöhte Preise bekommen, was sie sofort veranlaßt hat, die Verträge einfach nicht mehr einzuhalten, mit dem Erfolg, daß wir heute gegenüber der Tschechoslowakei ein Debitsaldo von 30 Millionen haben und daß sich die Tschechoslowakei weigert, uns Kohlen zu geben. Unsere Folgerung daraus — das möchte ich den Herren der Regierung sagen — ist keine andere, als **Bayern** überhaupt auf eine **eigene und neue Kohlenbasis** zu stellen.

(Zurufe)

Wenn die Schweiz in der Lage ist, mit diesen Oststaaten Handelsverträge abzuschließen, so müßte es auch Bayern möglich sein, mit der Tschechoslowakei unmittelbar ins Gespräch über Handelsverträge und wirtschaftliche Beziehungen zu kommen und feste Abmachungen zu treffen, damit sie uns wieder mit Kohle beliefert und unsere Industrie nicht vor die Hunde geht.

(Zuruf vom BHE: Wo liegen denn die Kohlen?)

— 140 Kilometer von der Grenze weg im Brüxer Raum.

(Zuruf vom BHE: Aber nicht in Bayern!)

Es fehlt in der Hauptsache an **Kredit**. Das weiß jeder, der die Canossagänge bei den Wirtschaftsministerien machen muß und, ich möchte beinahe sagen, als Handlanger tagtäglich gute Worte einlegen muß, um irgendwelche Kredite für ein Unternehmen freizubekommen. Es ist unmöglich, wahrscheinlich deshalb, weil kein Geld da ist. Es wird Sorge der Regierung sein, hier entsprechende Kredite hereinzubekommen.

Über die **Umwegfrachten in der Brauindustrie** ist gesprochen worden. Daß die Brauereiindustrie heute um Coburg herum, in Kronach, Naila, Helmbrechts und Hof nur noch 25 bis 30 Prozent ihres früheren Kontingents auszustößen vermag, ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß bereits das Dortmunder Bier hereinströmt, weil der Ganterpreis x Mark über dem hiesigen Verkaufspreis liegt und weil die dortigen Brauereien durch den höheren Preis, den sie erzielen, in der Lage sind, die Fracht auf sich zu nehmen und uns Konkurrenz zu machen, so daß die oberfränkische Brauindustrie tatsächlich zum Erliegen kommt. Die Besprechung, die kürzlich hierüber in Bayreuth stattfand und an der die Kollegen Högn und Hagen teilgenommen haben,

hat ja dieses Bild drastisch, aber auch erschütternd gezeichnet und gezeigt.

Eine Bitte habe ich an die Herren Vorredner: Wollen Sie die Worte, die Sie hier gefunden haben, auch an Ihre Kollegen in Bonn richten und sie ersuchen, mit der gleichen Intensität die Anträge zu unterstützen, die wir dort im Sinne der Hilfe für das Grenzland gestellt haben! Wenn die Worte „Grenzlandnot“ und „Grenzlandhilfe“ nicht nur ein Begriff sein, sondern Inhalt bekommen sollen und wenn das oberfränkische Grenzland, wie Herr Kollege Drechsel einmal gesagt hat, das Schaufenster nach außen, nach dem Norden hinüber in die russische Zone sein soll, dann ist Hilfe notwendig. Um diese Hilfe bitte ich die Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

Vizepräsident Hagen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hauffe.

Hauffe (SPD): Meine Damen und Herren! Nachdem hier von dem Grenzgebiet gesprochen worden ist, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auf ein Gebiet richten, das Herr Kollege Bantele eben nur kurz gestreift hat, und zwar auf den Raum in dem **Dreieck zwischen Lichtenfels, Coburg und Kronach**. Dort haben wir zusammengeballt einen Wirtschaftszweig, dessen Schwerpunkt nicht so sehr bei der Industrie, sondern mehr beim Handwerk liegt. Das ist die **Korbmacherei**. Dieser Wirtschaftszweig hat früher in Deutschland und ganz besonders im oberfränkischen Raum immer exportintensiv gewirkt. Aber durch die Umstände der Zeit sind wir in Oberfranken damit fast zum Erliegen gekommen, und zwar einmal durch das Abschneiden der Rohstoffe und zum Teil durch den Verlust des Absatzmarktes.

Wir haben im vergangenen Jahr einen Antrag angenommen, der bewußt nicht bloß auf Hilfe für die Korbwarenindustrie abgestellt war, wie es oftmals behauptet wird, sondern der Hilfe für das Gebiet der Korbmacherei verlangte. Das Ergebnis des Antrags ist eigentlich ziemlich traurig. Wenn man heute zu den Ministerien kommt und fragt, wo die Maßnahmen auf Grund dieses Antrags bleiben, dann bekommt man immer wieder zu hören, daß ja die Korbwarenindustrie als solche diese Hilfe letzten Endes gar nicht brauche. An das **Handwerk**, das doch das Rückgrat der Wirtschaft in diesem Gebiet darstellt, denkt man nicht in dem erforderlichen Maße. Der größte Teil unserer Betriebe sind Handwerksbetriebe. Aber diese Handwerksbetriebe kommen an die notwendigen Mittel und Kredite nicht heran, weil sie nicht groß genug sind, um sich mit ihnen zu befassen. Unsere Bemühungen sind mehr oder weniger alle im Sand verlaufen. Deshalb ist es vielleicht notwendig, auch einmal darauf hinzuweisen, daß wir in diesem Gebiet nicht bloß an die Förderung der Industrie, sondern ganz besonders an die Förderung des bodenständigen Handwerks denken müssen. Ein typisches Beispiel ist eine unserer Korbmachergemeinden — ich nenne sie hier mit Namen — die Gemeinde **Michelau** im Landkreis Lichtenfels, die voriges Jahr die Dis-

(Hauffe [SPD])

kussion ins Rollen gebracht hat. Diese Gemeinde von 4000 Einwohnern hatte im Winter 1949/50, also in einer Zeit, wo früher das Gewerbe Hochkonjunktur hatte, über 1000 Arbeitslose zu verzeichnen. Das waren ungefähr 85 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Dieser Fall gibt ein Bild, wie man es sich bezeichnender nicht denken kann. Und so geht die **Arbeitslosigkeit** wie ein roter Faden durch dieses Gebiet hindurch.

Wenn wir uns mit dieser Lage befassen wollen, so müssen wir erkennen: Es ist richtig, daß Bayern allein nicht helfen kann. Wir haben von uns aus alles getan, um die in Frage kommenden Kreise zum Eingreifen zu veranlassen. Herr Kollege Bantele, ich kann Ihnen sagen, daß ich mich bereits im April vorigen Jahres mit meinen Kollegen im Bundestag, mit dem Bundespostministerium in Verbindung gesetzt und dabei als erste Maßnahme erreicht habe, daß die Firmen unseres Gebietes in die **Lieferungslisten der Bundesbehörden** aufgenommen wurden. Trotzdem ist der Erfolg nicht so, wie wir ihn uns erhofft hatten.

Aber etwas anderes spielt noch herein. Das Gebiet ist zum Teil ein Heimarbeitergebiet, und die eigenartige Struktur, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit dem Konkurrenzneid und dem Ausspielen der Heimarbeiter gegeneinander hat zu einem Lebensstandard geführt, bei dem wir Stundenlöhne von 15 bis 20 Pfennigen für gelernte Handwerker erreichen, weil nämlich einer arbeitet, während die anderen arbeitslos sind, in Wirklichkeit aber muß die ganze Familie mitarbeiten. Die Dinge lassen sich niemals richtig kontrollieren. Hilfe kann nur eine Vollbeschäftigung oder wenigstens eine annähernde Vollbeschäftigung schaffen.

Die Leute, die dieses Gebiet bereisen, richten ihren Blick meistens bloß auf das stark industrialisierte Gebiet von Oberfranken, von Hof und Selb herunter bis Kulmbach. So entstand das Kuriosum, daß einmal in einer oberfränkischen Zeitung, der „Neuen Presse“ in Coburg, an einem Tage zwei Artikel erschienen, deren einer darüber klagte, daß bei diesen Maßnahmen in Oberfranken wahrscheinlich der Morgenthau-Plan verwirklicht wird, während

der andere zum Ausdruck brachte, Wirtschaftsminister Dr. Seidel sage, Oberfranken sei ein glückliches Land. Aber der Teil des Landes, der sich heute mit einer gutbeschäftigten Industrie noch glücklich nennen kann, ist auf dem Weg zum Unglück, wenn die heutigen Methoden beibehalten werden.

Wenn wir alle diese Dinge betrachten, dann brauchen wir bloß einmal ein paar **Vergleichszahlen**, nämlich die Arbeitslosenziffern unseres Gebietes und die entsprechenden Zahlen für Bayern und das Bundesgebiet, heranzuziehen. Diese Zahlen sprechen Bände. In unserem Arbeitsamtsbezirk haben wir heute noch 63 Arbeitslose auf 1000 Einwohner. Das ist, wenn wir den Landesdurchschnitt Bayerns mit 34 nehmen, die doppelte Arbeitslosenzahl gegenüber dem Landesdurchschnitt. Noch größer ist der Unterschied zum Bundesdurchschnitt, der 27 beträgt.

Ich wiederhole ein Wort, das ich schon einmal im Grenzland-Ausschuß gesprochen habe: Wir sind dort an der Grenze das Fenster nach dem Osten; so, wie wir unser wirtschaftliches und soziales Leben gestalten, wird man vom Osten her das Leben in der Bundesrepublik beurteilen. Wenn wir in der Lage sind, unser Grenzgebiet — und ganz besonders diesen Teil, der in den Osten hineingetrieben ist — in einen sozial erträglichen Zustand zu versetzen, wird das auch das beste Mittel sein, um die Menschen im Osten davon zu überzeugen, daß das Leben im Westen lebenswerter als im Osten ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hagen: Meine Damen und Herren! Es sind noch vier Redner vorgemerkt. Ich schlage dem Hause vor, zu beschließen, daß damit die Rednerliste geschlossen ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Weiter ist der Wunsch an mich herangetragen worden, heute die Beratungen zu beenden. — Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wir fahren morgen vormittag 9 Uhr mit der Besprechung fort.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 12 Minuten)

